

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Warenausgabe bei der Tafel-Ausgabestelle Berlin-Tempelhof. Foto: Tafel Deutschland e.V., Dagmar Schwelle

- **Regierung und Opposition zugleich? Die Aufstellung der SPD**
- **Interview mit Paola Giaculli: „Italien ist immer ein politisches Labor gewesen“**
- **Tafeln: Eine solidarische Initiative vor Problemen**
- **Volksentscheid nach Schweizer Vorbild taugt nicht für Despotie**
- **Kalenderblatt: Deutschland, 1873 – Buchdrucker-Tarifvertrag abgeschlossen**

*Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am
24./25. März in Mannheim, Einzelheiten: www.linkekritik.de/index.php?id=tagung*

Ausgabe Nr. 3 am 15. März 2018, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Für Demokratie und Frieden in AFRIN und ROJAVA

„Kommunalismus wäre eine Alternative zum Kapitalismus.

Unter demokratischen Nationen kann er in einer Region, die bisher nur das Feld blutiger Kriege und Völkermorde gewesen ist, den Frieden bringen.“

Abdullah Öcalan

V.i.S.d.P.: Jörg Detjen, Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln - Zitat:
Abdullah Öcalan, Demokratischer Konföderalismus, ISBN: 978-3-941012-48-6

Hausdurchsuchungen beim Mezopotamien Verlag in Neuss

JÖRG DETJEN, CHRISTOPH CORNIDES

Das Bundsinnenministerium hat gegen die Firmen Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH und MIR Multimedia GmbH in Neuss ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet. Polizeibehörden und Steuerfahndung

durchsuchten seit dem 8.3.2018 die Geschäftsräume der Firmen und die Privatwohnung des Gesellschafters/ Geschäftsführers. Den Firmen „... wird vorgeworfen mit den von ihnen vertriebenen Produkten den organisatorischen Zusammenhalt der in Deutschland verbotenen PKK zu unterstützen (Straftat gem. § 20 Abs. 1 Nr. 3 VereinsG).“ (Presseerklärung BMI, 8.3.2018) Außerdem bestünde der Verdacht „eines Verstoßes gegen den Gedanken der Völkerverständigung gem. Art. 9 Abs. 2 GG“ wegen angeblicher Unterstützung der PKK. Im Zuge dieser Durchsuchungen wurden die gesamte Akten, Dokumenten und Büchern aus den Verlagsräumen auf LKWs abtransportiert.

Eine Solidaritätserklärung von Verlagen und Buchhandlungen nach der Hausdurchsuchung beim Mezopotamien Verlag in Neuss erklärt u.a.:

„Wir erklären uns solidarisch mit den von der Durchsuchung betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Der Mezopotamien Verlag veröffentlicht in verschiedenen Sprachen ... (Literatur) zur kurdischen Geschichte und zur Verbreitung der kurdischen Sprache und vor allem auch zahlreiche Schriften zu Idee und Praxis des demokratischen Konföderalismus. Viel hat zu dieser Idee der seit 19 Jahren inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan beigetragen, dessen Schriften ebenfalls im Verlag erscheinen ... Wir fordern die Rückgabe der beschlagnahmten Materialien... Wir fordern die demokratischen Grundrechte der Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit auch für die kurdischen Menschen in Deutschland ein. Und wir fordern den sofortigen Stopp von Waffenlieferungen und dass die Bundesregierung sich endlich für das sofortige Ende der Angriffe auf Afrin einsetzt.“

Wer die Solidaritätserklärung der Verlage und Buchhandlungen unterstützen möchte, schickt seine Unterschrift per Mail bitte an info@antiquariat-markov.de.

FN-Parteitag: Statuten und Name neu, beim Personal bleibt es in der Familie

MATTHIAS PAYKOWSKI

27000 der 51000 Mitglieder haben schriftlich ihre Stimme abgegeben. Marine Le Pen wurde mit 100 Prozent wieder zur Vorsitzenden gewählt. Es gab keine Gegenkandidatur. Knapp drei Prozent der Stimmzettel waren leer oder ungültig. Die verabschiedeten Statuten (Zustimmung 80%) sehen u.a. keine Ehrenpräsidentenschaft mehr vor. Damit ist Jean-Marie Le Pen nun richtig draußen. 52 % der Mitglieder hätten sich in der schriftli-

chen Abstimmung für eine Änderung des Namens ausgesprochen, sie sollen nun darüber befinden, ob als Rassemblement National weiter gemacht wird. Als Übersetzung bzw. Deutung kann angeboten werden: Nationale Sammlung, nationale Sammlungsbewegung, nationaler Aufmarsch. Und in dieser Spannbreite dürfte sich dann wohl auch eine Mehrheit der FN-/ RN-Mitgliedschaft wiederfinden. Geschichtlich: Rassemblement National Populaire war eine rechtsextreme Partei, die während des Weltkrieges mit den Nazis kollaborierte! Was bot der Parteitag programmatisch? Auch dazu hatten die richtigen Fragen schon vorher vorgelegen: 90% wollen laut Mitgliederbefragung ein Referendum über den Verbleib in der EU, 82% wollen das Schengener Abkommen kündigen, 67% statt Euro wieder Franc, 74% die Rente mit 60 zurück. Und 98% befürworten „drastische Begrenzung“ der Einwanderung.

Brexit News

EVA DETSCHER

Einige aktuelle Konfliktlinien: Wegen des Status von Gibraltar droht Spanien erneut mit einem Veto gegen einen eventuellen Brexitdeal. – Bezüglich der EU-Außengrenze quer durch die irische Insel eskaliert der Streit sowohl innerhalb des britischen politischen Spektrums als auch zwischen EU und GB. – Labour-Vorsitzender Corbyn positioniert sich für eine Zollunion GB-EU. – Aus Brüssel hetzt Janice Atkinson, unabhängiges Mitglied des EU-Parlaments und Vizepräsidentin der Rechtsaußenfraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ gegen alle bei den Konservativen, die nicht auf der populistischen Welle mitreiten wollen. – Liam Fox – Minister für internationalen Handel – will Trump für die Sonderbehandlung von GB bei den neuen Zöllen bewegen. Noch ist nicht klar, ob dieser Plan Unterstützung der Regierung hat. – May bereitet die Briten auf neuen Handelshürden vor: kein Land könne „alle Vorteile ohne die Verpflichtungen“ einer Mitgliedschaft haben. „... regulatorischen Standards werden auch in Zukunft ähnlich bleiben.“ In Pharma- und Chemieindustrie, im Luftverkehr will GB „assoziertes Mitglied“ bleiben. Fest steht: Verlassen der Zollunion und des Binnenmarktes. Neuartige Zollkooperation und moderne Technik lösen May zufolge die Probleme, auch der nordeuropäischen Grenze. – Jetzt schon zeichnen sich gewaltige Personalprobleme im Gesundheitswesen ab im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Im Januar wurden in ganz England alle nicht unbedingt erforderlichen OP-Termine gestrichen (55 000).

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc), Edith Bergmann (edb).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Weiter heftige Kämpfe um Afrin

RUDOLF BÜRCEL, KARLSRUHE

Seit Mitte Januar dauert der Angriffskrieg der türkischen Armee gegen das nordsyrische Afrin an. Die dortigen Verteidigungskräfte haben bisher den Angriffen der Allianz von türkischer Armee und islamistischen Verbänden widerstanden. Aber pausenlos zerstört die türkische Armee mit Artillerie- und Raketenbeschuss sowie Luftangriffen die Infrastruktur, Krankenhäuser, Trinkwasseranlagen, Schulen, Moscheen usw. Zunehmend werden Wohngebiete der Stadt Afrin bombardiert und mehrere Dörfer völlig zerstört. Die von den UN beschlossene Feuerpause für Syrien wird von der türkischen Armee nicht eingehalten. Am 7. März haben die Demokratischen Verteidigungskräfte Rojawas (QSD) eine Bilanz veröffentlicht (siehe Dokumentation).

Afrin und damit Rojava befinden sich in einer schwierigen Gemengelage. Ebenso wie Russland und die USA ihren Einfluss in Syrien erhalten wollen, sieht Erdogan die Türkei als rechtmäßige Erbin Nordsyriens. Er hört nicht auf zu betonen, dass der Lausanner Vertrag mit der Grenzziehung im Mittleren Osten revidiert werden muss und verspricht seinen Anhängern die Annexion Nordsyriens.

Die YPG fordert von der russischen Regierung, die Öffnung des Luftraums über Afrin für die Türkei zu widerrufen. „Bekanntlich steht der Luftraum über Afrin unter russischer Kontrolle. Wir rufen Russland auf, angesichts der Massaker und der Zerstörung von Dörfern und Städten die Entscheidung, den Luftraum über Afrin für die Türkei zu öffnen, zu revidieren.“ (ANF, 7.3.2018)

Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags hat in einer Anfrage des Linke-MdB Alexander Neu „erhebliche Zweifel“ an der völkerrechtlichen Rechtmäßigkeit des Angriffs der Türkei auf Afrin: „Konkretere Zweifel an der Verhältnismäßigkeit des militärischen Vorgehens der Türkei ergeben sich jedoch im Hinblick auf Umfang, Ziele und Dauer des militärischen Vorgehens der Türkei in Nordsyrien. Insbesondere das militärische Verfolgen der erklärten geostrategischen Ziele der Türkei – nämlich das kurdische Einflussgebiet südlich der türkischen Grenze einzudämmen, die Entstehung eines kurdischen de facto-Regimes zu verhindern und den eigenen Einflussbereich auszuweiten – gehen über ein strikt am Gedanken der Selbstverteidigung ausgerichtetes militärisches Handeln hinaus, da sie zu einer dauerhaften Veränderung von Strukturen

und Einflusszonen auf fremdem Staatsterritorium führen können.“ Und weiter: „Den Nato-Bündnispartnern würde es nun obliegen, das Nato-Mitglied Türkei z.B. im Rahmen von *Nato-Konsultationen nach Art. 4 Nato-Vertrag* aufzufordern, triftige *Beweise für das Vorliegen einer Selbstverteidigungslage* nach Art. 51 VN-Charta beizubringen und von einer *Weiterverfolgung der militärstrategischen Ziele* in Nordsyrien Abstand zu nehmen. In diesem Zusammenhang könnte die Türkei an ihre *Verpflichtung aus Art. 1 Nato-Vertrag* erinnert werden, sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.“ [1]

Schon im Januar hatte die Direktorin des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, Anne Peters, erklärt: „Ein Staat darf nicht mit Gewalt in das Gebiet eines anderen Staates eindringen. Wenn also die Türkei militärisch in Syrien aktiv wird, bedarf das einer besonderen Rechtfertigung, sonst ist das völkerrechtswidrig.“ (FAZ, 23.1.2018)

Der jetzt wohl abgelöste Außenminister Gabriel traf sich erst vor wenigen Tagen zum wiederholten Male mit dem türkischen Amtskollegen. Betont wurden auf diesen Treffen immer die Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei. Und als ein Ergebnis wurden regelmäßig die Repressionsmaßnahmen in Deutschland gegen die kurdischen Vereine weiter verschärft.

Nach der Auflösung der Kölner Antikriegsdemonstration wurden in mehreren Städten Demonstrationsverbote erlassen. Die Verfahren wegen Zeigens von Symbolen der PYD und YPG gehen in die Hunderte. Jetzt haben die Behörden auch die zentrale Newrozfeier in Hannover untersagt. In Neuss wurde zwei Tage lang der kurdische Mezopotamien-Verlag durchsucht und am ersten Tag schon vier Lkw-Ladungen Material beschlagnahmt. In mehreren Bundesländern fanden Durchsuchungen statt, darunter die Büroräume des Landesverbands der Linksjugend Thüringen wegen eines Facebook-Posting zur Ankündigung einer zugelassenen und öffentlichen Veranstaltung eines kurdischen Vereins.

Der Angriffskrieg gegen Afrin könnte ohne die deutschen Waffen nicht durchgeführt werden. Die Haltung der Bundesregierung wirft ein Schlaglicht auf die Erosion des internationalen Menschen- und Völkerrechts. Dass sich Bundes- und Landesbehörden zur Repression gegen die Antikriegsproteste hinreißen lassen

kann auch nur durch die Komplizenschaft der Bundesregierung mit der türkischen Regierung erklärt werden. Die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes zur Überwachung des syrischen Luftraums trägt nicht zur Befriedung bei. Eher steht zu befürchten, dass die türkische Armee Aufklärungsmaterial für ihre Angriffe auf Afrin benutzt. Diese militärische und politische Komplizenschaft mit der türkischen Regierung muss beendet, die Proteste dagegen müssen unterstützt werden.

1 Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag: Völkerrechtliche Bewertung der „Operation Olivenzweig“ der Türkei gegen die kurdische YPG in Nordsyrien, 2018, https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/WD-2-3000-023_18_Operation_Olivenzweig_TUR_Syrien.pdf, Hervorhebungen sind vom Wissenschaftlichen Dienst)

DOK: 47-Tage-Bilanz der QSD

1. *Gefallene unserer Reihen:* Im heldenhaften Widerstand gegen die Aggressoren sind 283 Kämpferinnen und Kämpfer gefallen. Die Gefallenen sind mit offiziellen Zeremonien beigesetzt worden.

2. *Feindliche Tote:* Bei Aktionen unserer Kräfte sind 1588 türkische Soldaten und Terroristen getötet worden. Diese Anzahl ergibt sich aus den sicher festgestellten Leichen.

3. *Luftangriffe:* Kampffjets der türkischen Luftwaffe haben 1026 Luftangriffe auf zivile Siedlungsgebiete durchgeführt.

4. *Hubschrauber-Angriffe:* Die feindlichen Kräfte haben 56 Angriffe mittels Kampfhubschraubern durchgeführt. Alle Angriffe richteten sich gegen zivile Siedlungsgebiete.

5. *Angriffe mit schweren Waffen:* Der türkische Besatzerstaat und seine Terrorgruppen haben die Region 3307 Mal mit Panzern und schweren Waffen unter Beschuss gesetzt.

6. *Nahkämpfe:* Unsere Kräfte sind 643 in Nahkämpfe getreten, die zu gesicherten Ergebnissen geführt haben. Bei 176 Nahkämpfen waren keine gesicherten Ergebnisse zu verzeichnen.

7. *Abgeschossene Flugkörper:* Unsere Kräfte haben seit Beginn der Angriffe zwei Hubschrauber vom Typ Kobra und einen vom Typ Sikorsky abgeschossen. Außerdem wurden zwei Aufklärungsdrohnen abgeschossen, davon eine vom Typ Bayraktar. Ein weiterer Hubschrauber der Besatzerarmee ist beschädigt worden.

8. *Zerstörte Panzer:* Unsere Kräfte haben 96 Kampffahrzeuge zerstört, darunter Panzer und Militärfahrzeuge. 32 Kampffahrzeuge wurden beschädigt. ■

Regierung und Opposition zugleich? Die Aufstellung der SPD

MARTIN FOCHLER, ALFRED KÜSTLER

Die Beteiligung der Mitgliedschaft der SPD an der Abstimmung über den Eintritt der SPD in einer Regierungskoalition mit CDU und CSU war mit (78,4%) hoch, die Zustimmung mit (66%) deutlich. Vor dem Hintergrund der letzten Koalitionsvereinbarung – Stichwort unerfüllte Versprechungen – ist damit eine neue Konfliktstruktur gegeben. Die Partei wird sich aufgerufen sehen, über die Einhaltung des neuen Vertragswerks zu wachen. Damit wird eine Konfliktlinie zwischen Regierung und Parlament herausgearbeitet.

Dem trägt die SPD Rechnung, wenn sie die Fraktionsvorsitzende Nahles zur Parteivorsitzenden wählt. Die Partei kann gegenüber der Regierung fordernd auftreten und gegenüber den sozialen und kritischen Initiativen in der Gesellschaft als verständnisvoller Ansprechpartner. In der parlamentarischen Arbeit kann sie ausloten, welche Verbindungen zu anderen Oppositionsparteien sachlich möglich sind. Es ist ein Prozess denkbar, der zur Formulierung neuer Ziele und neuer Mehrheiten führt. Das kann sich, wenn, dann in der öffentlichen Meinung abspielen, und damit es sich abspielt, muss die parlamentarische Politik sehr sachlich fundiert und an die Öffentlichkeit gewendet herausarbeiten, was unter den

gegebenen Mehrheitsverhältnisse möglich ist und wozu konkret eine Mehrheit links von der Mitte nötig wäre.

Die Befassung von Hunderttausenden mit dem Koalitionsvertrag ist ein schwerwiegender politischer Faktor, zu dem sich die anderen Parteien verhalten müssen. Dies trifft insbesondere die Grünen und die Linken. Die Grünen zeigen im Bund, in den Ländern und in der Kommunalpolitik eine starke Affinität zu Bündnissen mit der Union. Eine Voraussetzung dafür sind kulturelle Öffnungsprozesse, die in den Unionsparteien spürbar sind. Eine andere Vermutung, dass die immer noch ungelösten Probleme der Energiewende – Netzstabilität – sich am ehesten in einem Bündnis mit der Union angehen lassen. Schon bei den Jamaika-Verhandlungen war erkennbar, dass die Grünen sich die Option einer Verschiebung von Mitte-Rechts nach Mitte-Links nicht vollends verbauen wollten.

Wie wird sich die Beziehung zwischen der SPD und der Linken entwickeln? Die letzten Wahlen belegen, dass die Linke Wählerinnen und Wähler aus der jüngeren Generation anzieht, die Wert auf eine Kritik der vorfindlichen Zustände legen und dem bei der SPD und den Grünen doch rechtlich deutlichen Trend, sich im Status-Quo einzurichten, während die SPD-Wählerschaft eine Gesellschaftskritik, die sich von der Lösung lösbarer

Fragen entfernt, bestenfalls als Jugendsünde durchgehen lässt. Diese Einstellungen überschneiden sich, aber für die in nächster Zeit anstehenden Wahlen blieben beiden Parteien neben der Konkurrenz um dieselben Leute also auch spezifische Möglichkeiten der Mobilisierung.

Die Linke plagt sich mit der Aufgabe, die im moralischen Empfinden der Einzelnen und in einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Initiativen fest verankerte Kritik an Armut, Nichtentwicklung und militarisierter Außen- und Innenpolitik zur Formulierung politischer Strategien zu nutzen. Sie teilt diesen Mangel mit der SPD und den Grünen und so lange solche Mängel unbestreitbar sind, kann es zu einer Mehrheitsbildung links von der Mitte nicht kommen. Mehr noch, es bleibt und wächst die Gefahr einer Mehrheit weit rechts von der Mitte.

Es wird viel davon geredet, dass die Flucht- und Migrationsbewegungen in den Zielländern und somit auch in der BRD nationalistische Abwehrreaktionen auslösen. Diese gesellschaftliche Strömung gibt es, sie stößt aber auch auf wirkungsvolle und sehr gut begründete Ablehnung. Viel schwieriger ist die Kritik an nationalistischen Strategien, die analog zu der Amerika-first-Bewegung die internationalen Beziehungen gestalten wollen. ■

BOX: Oppositionsparteien zum Koalitionsvertrag

Linke: SPD-Führung beschränkt sich auf die Simulation eines Neuanfangs. Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch fordert einen grundsätzlichen Wechsel im Sozialsystem, damit in puncto Kinderarmut „die Mittel auch dort hinkommen“, wo sie gebraucht werden. Das sagt er im Bericht aus Berlin. Erreichen wollen das die Linken durch eine Kindergrundsicherung. (11.3.) • Zur Präsentation der SPD-Minister erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei Die Linke: Mit der Besetzung der Schlüsselministerien Finanzen und Arbeit durch ausgewiesene Vertreter der alten Agenda 2010-SPD beschränkt sich die SPD-Führung auf die Simulation eines Neuanfangs. Daran kann auch die Aufbruchs-Kosmetik durch teilweise überraschende Neuzugänge nichts ändern. Olaf Scholz und Hubertus Heil stehen für die unrühmliche Vergangenheit der SPD. Scholz steht mit seinem Eintreten für eine Haushaltspolitik der schwarzen Null und gegen eine Vermögenssteuer für

eine Fortsetzung des Kurses in die falsche Richtung. Der designierte Arbeitsminister Huberts Heil ist kein Angebot an Beschäftigte und Gewerkschaften. (5.3.) (www.die-linke.de)

Grüne: Koalitionsvertrag ist Frickelewerk. An einigen Stellen im Vertrag würden Einzelprobleme richtigerweise gelöst – zum Beispiel bei der Finanzierung der Bildung. Viele Einigungen der Großen Koalition seien aber nur Pflaster, die nicht heilen. Robert Habeck: „In dem Sinn ist der Koalitionsvertrag Frickelewerk. Er antwortet nicht auf das, was in der Gesellschaft los ist und an grundlegenden Veränderungen auf uns zukommt.“ Der Klimaschutz als zentrale Zukunftsaufgabe komme faktisch nicht vor. Darüber könne auch das Bisschen mehr an erneuerbaren Energien nicht hinwegtäuschen. Neben der Klimapolitik berge auch die Sozialpolitik eine große Leerstelle: „Eine der größten Ungerechtigkeiten ist die versteckte Kinderarmut.“ findet Annalena Baerbock. Kinderarmut zementiere ganze Lebenswege. Die Erhöhung von Kindergeld und Kinderzuschlag für gering verdienende Familien

löse das Problem nicht. Baerbock weiter: „Um Kinder wirklich aus der Armut zu holen, brauchen wir eine Kindergrundsicherung.“ (5.3.) (www.gruene.de)

FDP: Positiv überrascht. „Das Klimaziel 2020 ist physikalisch in Deutschland nicht erreichbar“, sagt FDP-Vorsitzender Christian Lindner. Deswegen schätzt er die „realistischen“ Klimavorhaben der GroKo als positiv ein. Ihn besorge allerdings die politische Methode der Klimapolitik: „Fahrverbote, Quoten oder der Aktionismus beim Ausbau der erneuerbaren Energien“. (ARD, Bericht aus Berlin, 11.3.) • Christian Lindner: „Ich gehe aber davon aus, dass in den nächsten Jahren der Druck auf die Große Koalition größer wird, von den ursprünglichen Vorhaben abzuweichen. Ich halte eine Steuerreform für unverzichtbar. Bürger und Betriebe müssen entlastet werden. Auch in der Frage des Freihandels erwarte ich eine Veränderung. Und drittens: Dass wir ein Heimatministerium statt eines Digitalisierungsministeriums erhalten, wird in den nächsten Jahren ein drängendes Problem werden.“ (Handelsblatt-Interview, 5.3.)

Spitzenverbände der Wirtschaft zum Koalitionsvertrag

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM,
RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

In einer gemeinsamen Erklärung zum Gespräch mit Angela Merkel vom 9.3.2018 veröffentlichen die Spitzenverbände von Konzernen und Mittelstand ihre Forderungen zur Umsetzung des Koalitionsvertrages. (Die vier „Spitzenverbände“ sind: BDA, deutsche Arbeitgeberverbände; BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie; DIHK, Deutscher Industrie- und Handelskammertag und der Zentralverband des Deutschen

Handwerks). Ihre Generalanforderung zum Koalitionsvertrag und zu seiner praktischen Umsetzung ist, „die Politik“ müsse „... der Leitlinie folgen: Deutschland zusammenhalten. Modernisieren. Sicherheit geben.“

Die Verbände bestätigen also den Grundtenor des Koalitionsvertrages, dringen aber – aufgabengemäß, könnte man sagen – auf stärkere Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft in deren Umsetzung und im Detail. Denn, es sei „... irritierend, wenn mit dem Koalitionsvertrag mehr Erschwernisse und

mehr Belastung auf Unternehmen und Betriebe zukommen, statt Flexibilität und Erleichterung“. Dazu DIHK-Präsident Eric Schweitzer: „Konkret erwarten wir, dass auch die Unternehmen bei den Steuern spürbar entlastet werden, um im internationalen Wettbewerb um Investitionen nicht zurückzufallen. Ich wünsche mir, dass die künftige Regierung in der praktischen Arbeit als Team zusammenwächst und unsere wirtschaftliche Zukunft mutiger angeht, als es nach dem Wortlaut des Koalitionsvertrages aussieht.“ (Handelsblatt, 4.3.2018) Man

DOI: Wirtschaftsverbände: „Deutschland zusammenhalten. Modernisieren. Sicherheit geben.“

Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einer Zeitenwende mit hoher Dynamik, Komplexität und Umwälzungen in vielen Lebensbereichen. Mehr denn je ist nachhaltiges politisches Handeln gefragt, das auf die Balance von Gegenwart und Zukunft ausgerichtet ist.

Die deutsche Wirtschaft ist sich darüber bewusst, dass gerade in Umbruchzeiten breite politische Kompromisse gefunden werden müssen. Dennoch ist es irritierend, wenn mit dem Koalitionsvertrag mehr Erschwernisse und mehr Belastung auf Unternehmen und Betriebe zukommen, statt Flexibilität und Erleichterung. Erst recht in Zeiten, in denen die globale Konkurrenz wächst, die Verunsicherung bei Bürgern, Betrieben und Unternehmen zunimmt und der demografische Wandel immer spürbare Ausmaße annimmt. Von daher muss die Politik der Leitlinie folgen: Deutschland zusammenhalten. Modernisieren. Sicherheit geben.

Zu Recht wird das Zukunftsthema Bildung von der künftigen Bundesregierung großgeschrieben. Dazu müssen nach Auffassung der Deutschen Wirtschaft die Allianz für Aus- und Weiterbildung weiterentwickelt und der geplante Berufsbildungspakt analog zum Hochschulpakt mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Berufsorientierung sollte an allen Schulen verpflichtend stattfinden und die vielfältigen Chancen der beruflichen Bildung aufzeigen.

Die großen Herausforderungen, vor denen unser Land steht – wie der demografische Wandel, der Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit im globalen Maßstab und die Digitalisierung –, erfordern den politischen Willen zu nachhaltigen und zukunftsorientierten Lösungen. Die deutsche Wirtschaft hätte sich hier in zentralen Politikfeldern mehr Mut gewünscht.

In der Sozialpolitik sind zukunfts-

orientierte und generationengerechte Weiterentwicklungen notwendig. Die Wirtschaft bekennt sich zum sozialen Zusammenhalt und zur Teilhabe in unserem Land. Ihre Leistungsfähigkeit kann sie aber nur dann dauerhaft sichern, wenn die Betriebe und Unternehmen nicht zusätzlich belastet werden. Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag darf auch langfristig die 40-Prozent-Marke nicht übersteigen.

Konstruktives Miteinander sollte auch Leitmotiv in der Arbeitsmarktpolitik sein. Unser Land braucht ein modernes Arbeitsrecht, das auf Tarifpartnerschaft setzt und passgenaue Regelungen vor Ort. Dazu gehören gesetzliche Öffnungsklauseln für die Tarifpartner – insbesondere für die Ausgestaltung der Arbeitszeit – sowie ein moderner Datenschutz.

Die deutsche Wirtschaft appelliert an die neue Bundesregierung, Steuerpolitik als Standortpolitik zu nutzen. In der aktuellen Lage reicht ein Verzicht auf Steuererhöhung nicht aus. Deutschland kann sich hier vom internationalen Wettbewerb um die besten Rahmenbedingungen für die Betriebe und Unternehmen nicht abkoppeln. Eine strukturelle Modernisierung der Unternehmensbesteuerung muss deshalb auf der Agenda bleiben. Ziel muss es sein, die Steuerbelastung der Unternehmen zu senken, Finanzierungs- und der Rechtsformneutralität herzustellen und Sonderbelastungen – wie die durch den Solidaritätszuschlag – so schnell wie möglich zu beseitigen.

Ein Schlüsselbereich für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist die Digitalisierung. Da nahezu alle Politikbereiche davon betroffen sind, ist die Verortung der politischen Gesamtkoordination im Bundeskanzleramt ein wichtiger Schritt. Prioritär ist die deutliche Beschleunigung des flächendeckenden Glasfaserausbaus mit Gigabitnetzen. Daneben sind zentrale Elemente: die

Sicherung fairen Wettbewerbs in der Plattformökonomie, die digitale Verwaltung, Gründungsförderung und ein entschlossenes gemeinsames Vorgehen bei der Cybersicherheit. In der Innovationspolitik sollten Schlüsseltechnologien im Rahmen einer ambitionierten Hightech-Strategie vorangetrieben werden. Die direkte Forschungsförderung muss zusätzlich um eine steuerliche Komponente ergänzt werden.

Deutschland muss weiterhin Wegbereiter in Sachen Klimaschutz und Energieeffizienz bleiben. Hier sind die Betriebe und Unternehmen auf verlässliche und passgenaue energie- und klimapolitische Rahmenbedingungen angewiesen. Dazu gehören wirtschaftlich vertretbare Kostenbedingungen, die Weiterentwicklung bestehender Förder- und Anreizmechanismen sowie Regulierungen mit Augenmaß.

Die nächste Bundesregierung muss wichtige Impulse für die Stärkung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität in der EU setzen. Struktureformen in der Wirtschaft, die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen bieten exzellente Chancen, Wachstum und Stabilität in der ganzen EU zu erhöhen. Unverzichtbar bleibt dabei die Wahrung der Einheit von Risiko und Haftung für alle Mitgliedstaaten.

Die deutsche Wirtschaft ist äußerst besorgt über die Entscheidung der US-Regierung, weitreichende Strafzölle zu verhängen. Um eine Spirale des Protektionismus abzuwenden, sind Bundesregierung und EU gefordert, für das Welthandelssystem weiterhin einzustehen.

BDA | DIE ARBEITGEBER Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände – BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. – DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. – Zentralverband des Deutschen Handwerks <https://bdi.eu/#/artikel/news/gemeinsame-erklaerung-mit-bda-dihk-zdh-zum-muenchener-spitzengespraech/>

setzt also auf die Einflussnahme bei der Umsetzung für das Ziel tatsächlicher Steuersenkungen und der Verhinderung einer Erhöhung der Sozialabgaben für die Unternehmensseite. Der „Gesamtsozialversicherungsbeitrag“ (Arbeitgeber und Arbeitnehmeranteil) dürfe eine 40%-Marke nicht überschreiten und im Arbeitsrecht wird eine „... gesetzliche Öffnungsklauseln für die Tarifpartner – insbesondere für die Ausgestaltung der Arbeitszeit“ gefordert.

Die Forderung, „Steuerpolitik als Standortpolitik“ zu betreiben, deutet weitere verschärfte Konkurrenz des „Exportweltmeisters“ Deutschland insbesondere gegenüber wirtschaftlich schwächeren Ländern an. Gleichzeitig wird gegenüber der Wirtschaftsmacht USA und einer protektionistischen Handelspolitik Trumps Besorgnis wegen

drohender Strafzölle und ein konkurrenz-dämpfendes Eingreifen der EU und der zukünftigen Bundesregierung angemahnt.

Zustimmung lassen die Verbände beim „Zukunftsthema Bildung“ vernehmen. Hier fehlt allerdings ein Hinweis auf den erforderlichen Eigenbeitrag der Wirtschaft. Die duale Ausbildung ist in einer Krise. Notwendig sind u.a. mehr und bessere Ausbildungsangebote und bessere Bezahlung.

Zum Stichwort „Digitalisierung“, womit zwei zwar zusammenhängende, aber unterschiedliche Themen angesprochen sind, die Investitionen in die technische Infrastruktur (Netze) und die Automatisierung von Arbeitsabläufen und Kommunikationsvorgängen – fasst der IT-Verband Bitkom die Anforderungen kurz zusammen unter der Losung: „Digital-

politik schnell umsetzen“ (Handelsblatt, 4.3.2018).

Zum Thema EU bestätigt die Erklärung scheinbar vollumfänglich den Kurs der Koalitionsvereinbarung. Aufmerksamkeit fordert allerdings der letzte Satz zu diesem Thema: „Unverzichtbar bleibt dabei die Wahrung der Einheit von Risiko und Haftung für alle Mitgliedstaaten“. Damit dürfte die Forderung gemeint sein, z.B. Griechenland weiter keine Schuldenstreichung oder -erleichterungen zu gewähren, obwohl von IWF, OECD immer wieder gefordert. Ob die neue Bundesregierung Schäubles Kurs der Gläubigerpolitik ohne Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklung der schwächeren EU-Länder einfach fortsetzen kann, wird allerdings nicht nur von der nächsten Großen Koalition und der deutschen Wirtschaft abhängen. ■

„Italien ist immer ein politisches Labor gewesen“

INTERVIEW MIT PAOLA GIACULLI, REFERENTIN FÜR EUROPAKOORDINATION, FRAKTION DIE LINKE IM BUNDESTAG

Am 4. März haben 73 % der über 46 Millionen Wahlberechtigten in Italien ein neues Parlament gewählt. Die Ergebnisse werden allgemein als Rechtsruck der italienischen Legislative gewertet. Eine Mehrheit hat für das Rechtsbündnis gestimmt. Wem der Staatspräsident Mattarella den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen wird, ist im Moment noch nicht entschieden. Sicher ist, dass das bisher regierende Mitte-Links-Bündnis unter dem Partito Democratico mit Paolo Gentiloni als Ministerpräsident bitter abgestraft wurde für die Politik, die aber – folgt man der Wirtschaftsberichterstattung – gerade in den letzten Monaten zu einer Erholung der Wirtschaftslage beigetragen hat. Was sind Deiner Meinung nach die Gründe für den Wahlerfolg dieses Rechtsbündnisses?

Eigentliche Gewinnerinnen der Wahlen sind sowohl die 5-Sterne-Bewegung (M5S), die mit über 32 Prozent wieder stärkste Kraft im Lande wird, als auch die Lega, die als Teil des Rechtsbündnisses die Forza Italia von Berlusconi mit 17,4 % überholt. 5-Sterne punktet überwiegend dort, wo es den Menschen am schlechtesten geht, im Süden. Insbesondere erreicht die Arbeitslosigkeit bei der Jugend hier bis zu 60 Prozent. In Sizilien gewinnt sie alle Direktmandate und erlangt über 48 Prozent. Hier wie in Kalabrien wurden Kandidat*innen aufgestellt, die wegen ihres Kampfes gegen die Mafia unter Polizeischutz stehen. Die Forderung nach einem Bürgerein-

kommen von 780 Euro hat eine große Rolle gespielt. Beamte und Lehrer*innen machen den größten Anteil der M5S-Wähler*innen aus. (42 Prozent). Laut Umfrage liegt es an der sehr umstrittenen Reform des öffentlichen Dienstes der Regierung Renzi. Das krachende Scheitern beim Verfassungsreferendum war ein lautes Warnsignal, das besonders aus dem Süden kam und kaum jemand in der PD beachten wollte. Im Norden haben eher Selbstständige und Unternehmer die Lega gewählt, Arbeiter 23,8 %, aber weniger Arbeitslose mit 18,2 %, unerwartet viele Hausfrauen mit fast 20 %. Steuersenkungen und Migrationspolitik spielten eine große Rolle. Auch die Regierung Gentiloni hat einen harten „Law-and-Order“-Kurs eingeschlagen, der Innenminister Minniti konnte sich nicht in den Marken (Region Macerata) durchsetzen, er wurde vom 5-Sterne-Kandidat geschlagen. Übrigens waren laut einer Umfrage (Eurispes 2018) Mafia, Korruption und „inkompetente Politiker“ eine viel größere Gefahr als die Migration. Die wirtschaftliche Erholung liegt eher

an der EZB-Währungspolitik und hat nur befristete, gelegentliche Jobs geschafft.

Die Wahlergebnis-Landkarte Italiens zeigt, dass die 5-Sterne-Bewegung im Süden und auf Sardinien mehrheitlich gewählt wurde, der Norden niederschmetternd rechts gewählt hat, für das Linksbündnis waren ein paar wenige Bezirke in der Mitte Italiens übrig. Kannst Du ein paar Gesichtspunkte für die Bedeutung dieser schroffen regionalen Spaltung Italiens für die zukünftige Regierung, für die wirtschaftliche und politische Entwicklung Gesamt-Italiens, aber auch für die Regionen benennen?

Der produktive Teil ist der Norden, aber hier wurde in den letzten Jahrzehnten auch viel kaputt gemacht. Insgesamt verlor Italien in den letzten zehn Jahren ein Viertel seiner Produktivität. Viele Betriebe wurden in Niedriglohnländer verlagert, andere wurden internationalen Großkonzernen verkauft, die auch ihre Produktion ins Ausland aus Profitgründen verlagert haben. Im Süden wurden viele staatliche Betriebe durch die Privatisierung schon in den 1980er

Jahren zerlegt. Aber von 2008 bis 2014, egal welche Couleur die Regierungen hatten, sind 32 000 Betriebe und somit 600 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Einige sind über die EU-Fonds über die Runden gekommen, Aber die Fonds wurden immer geringer und/oder gelangten in die falschen Hände. Die Regierungen der letzten Jahrzehnte haben kaum etwas getan, diese sich ständig weiter verschlechternde Situation zu ändern. Überigens regierten Renzi und Gen-

		Partei	Prozent	Sitze
Fünf-Sterne-Bewegung	MoVimento 5 Stelle	M5S	32,7	133
Demokratische Partei	Partito Democratico	PD	18,7	86
Lega	Lega	Lega	17,4	73
Kraft Italien	Forza Italia	FI	14	59
Brüder Italiens	Fratelli d'Italia	FdI	4,4	19
Freie und Gleiche	Liberi e Uguali	LeU	3,4	14
Mehr Europa*1)	Più Europa	Più E	2,6	./.
Wir mit Italien*2)	Noi con l'Italia	Ncl	1,3	./.
Italien und Europa gemeinsam*3)	Italia Europa Insieme	I	0,6	./.
Christliches Bündnis*4)	Civica Popolare Lorenzini	CP	0,5	./.
	Südtiroler Volkspartei	SVP	0,4	2
	Sonstige		4	./.
	Einzelkandidaten zum CDX			109
	Einzelkandidaten zum M5S			88
	Einzelkandidaten zum CSX			24

*1) Bündnis zweier linker Parteien: Radicali Italiani und Forza Europa

*2) Bündnis bestehend aus UdC, SC, DI, UDEUR, Mpa

*3) Bündnis bestehend aus PSI, Verdi (Grüne), Area Civica

*4) bestehend aus Italia dei Valori, Centristi per l'Europa, Unione per il Trentino di Dellai

tiloni mit Mitte-Rechts-Ministern und Verbündeten von Berlusconi.

Das neue Wahlrecht – Rosatellum bis – scheint recht kompliziert mit den Möglichkeiten der Koalitionsbildung, den verschiedenen Prozenzhürden und dem Prinzip, dass jeder nur eine Stimme hat und diese entweder einem Kandidaten oder einer der Koalitionslisten gibt. Auch die Aufteilung der Sitze im Parlament erscheint auf den ersten Blick höchst kompliziert. Wie wirkt dieses Wahlrecht, und was spiegelt die jetzt errechnete Zusammensetzung des Unterhauses wider?

Das Ergebnis ist eine Pattsituation. Mit einer zweiten Stimme wäre die Wahl demokratischer gewesen, aber vielleicht wäre der Wahlausgang kaum anders gewesen.

Die Partei, die als Einzelpartei die meisten Stimmen erhalten hat, ist Movimento 5 Stelle – die Fünf-Sterne-Bewegung, die vordem von Beppe Grillo ins Leben gerufen wurde. Der junge Spitzenkandidat, Luigi di Maio, sieht sich schon als Ministerpräsident und will den Staatshaushalt mit ungeheuren Summen für Sozialausgaben belasten. Jetzt ist der italienische Staatshaushalt mit 2300 Milliarden Euro (131 % des BIP) ungeheuerlich verschuldet. Wie soll das funktionieren?

Das fragen sich vor allem Medien und Beobachter zurzeit. Aber die Sozialausgaben wurden in den letzten Jahren immer wieder enorm gekürzt, von allen Regierungen. Für die Menschen, die ums Überleben kämpfen, oder die ca. zehn Millionen, die sich nicht mehr medizinisch behandeln lassen, weil sie es sich nicht mehr leisten können, ist das eine realitätsferne Frage. Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, Vermögen aus illegalen Aktivitäten. – Geld ist genug da, aber sehr schlecht verteilt. Übrigens hatte Italien von 1995 bis 2007 schwarze Zahlen im Haushalt, dann fing die Rezession an. Ein schweres Problem sind Zinsen. Italien musste 2016 zum Beispiel 65,8 Milliarden an Zinsen zahlen.

Egal, welche Partei im italienischen Parlament regieren wird, es sind mehrheitlich Gegner der EU. Berlusconi, Salvini, di Maio – alle tun sich leicht, die Schuld für die wirtschaftliche Stagnation in Brüssel und wahlweise Paris oder Berlin zu sehen. Gibt es gegen diese Stimmungsmache eine politische Kraft, die diesem nationalistischem Zurück zum Einzelstaat etwas Wirkungsvolles entgegensetzen kann und begreiflich machen kann, dass die Regelungen der EU-Staaten miteinander und gegenüber den anderen Staaten der Welt Ergebnis ein langen und leidvollen Prozesses sind, an deren Anfang diese Nationalisten wieder zurück wollen?

Ich sehe das sehr differenziert. Das Thema Europa und Nationalstaaten hat im Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt. Übrigens hat M5S und auch die Lega zum Euroaustritt ihre Meinung schon geändert. Der Wahlausgang in Italien lässt sich nicht mit anderen Situationen in Europa vergleichen, etwa mit dem Brexit, oder mit dem allgemeinen jetzigen Niedergang der Sozialdemokratie und dem Aufstieg rassistischer rechtsextremer Parteien. Die Lega Nord entstand bereits Ende der 80er Jahre und die ist erst jetzt „national“ geworden. Die KPI, vergleichbar vielleicht mit den sozialdemokratischen Parteien in Nordeuropa, löste sich 1991 auf. Was sich daraus kontinuierlich entwickelte, hat mit dieser noblen Geschichte kaum was zu tun. Man darf nicht vergessen, dass Berlusconi und PD zusammengearbeitet haben, und Mitte-Rechts-Formationen regieren mit der PD seit 2013. Die Lega lag 2013 wegen eines Untreueskandals am Boden. Unter der neuen Führung von Salvini ist es ihr gelungen, sich als Italiens Rechte gegenüber Forza Italia durchzusetzen. Berlusconi hat 41 Prozent an die Lega verloren. Die Wählerschaft hat ein langes Gedächtnis, und ist nicht so opportunistisch wie Juncker, oder die EVP von Weber und Merkel, deren Lieblingsoption eine Regierung mit Berlusconi und Renzi gewesen wäre, um die M5S zu verhindern. Übrigens gehört der Populismus schon längst zur italienischen Politik schlechthin. Die Lega hat damit angefangen, dann kam Berlusconi, Grillo und letztlich Renzi.

Welche industriepolitischen Impulse gingen in den letzten Jahren vom regierenden Mitte-Links-Bündnis aus? Teilst Du die Einschätzung, dass die italienische Wirtschaft auf einem Kurs der Erholung ist und sich für die vielen Problemfelder – Jugendarbeitslosigkeit, Betriebsverlagerungen z.B. – Lösungen andeuten und wie stehen die Gewerkschaften, wenn sie denn einen Einfluss haben, dazu?

Seit Jahren gibt es gar keine Industriepolitik. Den Regierenden ist dies anscheinend egal. Ich bin sehr pessimistisch. Im Norden profitieren die Unternehmen von der jetzigen Entwicklung. Aber die Arbeitslosigkeit wird bestimmt nicht durch befristete Jobs bekämpft. Die statistischen Erfassungskriterien sind übrigens sehr bedenklich: es reicht eine Arbeitsstunde in der Woche, um nicht als erwerbslos erfasst zu werden. Die CGIL, die größte Dachorganisation, steht nächstes Jahr vor einem schwierigen Kongress. Alle Kämpfe gegen die Regierungspolitik wurden verloren, und zum Schluss haben sie im Wahlkampf ein linkes Wahlbündnis (LeU, Freie und

Gleiche) unterstützt, das nur 3,4 Prozent erreicht hat.

Die Hilfsbereitschaft vieler Menschen in Italien für Menschen auf der Flucht ist sehr groß. Trotzdem gewinnen Parteien und Bündnisse die Wahlen, die sich überbieten in rassistischen Programmen und Plänen und daher auch solchen Aufgehetzten wie dem Mörder von Macerata als politische Heimat dienen. Was sagt die italienische Verfassung und was sagen die Gerichte zu diesen menschenverachtenden Äußerungen, Zielsetzung und Taten?

Leider nicht viel. Laut Verfassung ist Faschismus eine Straftat. Aber die Politik sollte viel mehr Druck machen. Das Phänomen wird trotz allem vielleicht unterschätzt. Aber die neofaschistischen Gruppierungen haben sehr schlecht abgeschnitten, bekamen nicht mal ein Prozent. Diese Stimmen haben sich auf die Lega konzentriert. Aber das Gros der Zustimmung der Lega kommt wie gesagt aus Forza Italia, die weitere 12 Prozent an die Brüder Italiens verliert. Die Fremdenfeindlichkeit ist parteiübergreifend in der Gesellschaft sehr breit. In der Toskana, eine der wenigsten Regionen, wo die PD noch eine Mehrheit hat, hat sie 9 Prozent an die Lega verloren, die hier 17,6 % erreicht. Diese wurde hier sogar mehrheitlich von Frauen gewählt (23,5 gegen 10,9 Prozent Männer).

Was gibt es zur Situation der Kräfte zu sagen, die sich für linke Ziele einsetzen?

Seit zehn Jahren gibt es keine bedeutenden linken Kräfte in Italien. Die Frage ist, ob das, was aus den verschiedenen Spaltungen entstanden und wieder abgestorben ist, wirklich Lust hat, eine glaubwürdige Kraft zu bilden, und dafür vor Ort in der Gesellschaft zu arbeiten und nicht anlässlich einer Wahl irgendein Bündnis zusammen zu basteln. Im Gegensatz dazu war die 5-Sterne-Bewegung sehr gut in der Lage, verschiedenste gesellschaftliche Kräfte zu vernetzen. Das war das Gegenteil von Antipolitik. Es gibt weder eine Sozialdemokratie noch eine radikale Linke. Die einen haben sich selbst erledigt, die anderen sind nicht in der Lage eine konkrete Alternative zu bieten. Die politische Welt hat sich seit 1989 radikal verändert und entwickelt sich ständig weiter. „Wir sind christdemokratisch, ein bisschen links, ein bisschen Mitte. Wir können uns an alles anpassen“, sagt Grillo. Wir haben wieder eine große Zäsur, und es ist schwer vorhersehbar für Italien, was passieren wird. Aber das 20. Jahrhundert ist endgültig Geschichte. Italien ist immer ein politisches Labor gewesen. Berlusconi kam 22 Jahre vor Trump.

Die Fragen stellte Eva Detscher, Karlsruhe

Der Faire Handel im Koalitionsvertrag 2018

Ein Blick in den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD zeigt, dass es zwar begrüßenswerte Vorhaben gibt, die Koalitionäre jedoch bei vielen für den Fairen Handel relevanten Themen im Großen und Ganzen bei einer Fortsetzung der Politik der letzten Jahre bleiben werden.

Agenda 2030 als Richtschnur deutscher Politik

Der Koalitionsvertrag benennt die „Agenda 2030 als Richtschnur deutscher Politik“. Zudem soll die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, also die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf deutscher Ebene, „kontinuierlich und ambitioniert“ weiterentwickelt werden. Dies stimmt zuversichtlich. Wenn sie es mit der „Richtschnur“ ernst meint, sollte die zukünftige Regierung allerdings jeden Politikbereich an den nachhaltigen Entwicklungszielen ausrichten. Im Koalitionsvertrag werden die Agenda 2030 sowie die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie lediglich in den Kapiteln zur Umweltpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit erwähnt. Begrüßenswert ist zudem, dass im Rahmen der Hungerbekämpfung die Förderung von Kleinbäuer*innen zur Lebensmittelproduktion für die regionalen Märkte in den Vordergrund gestellt werden soll.

Die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten (European Partnership Agreements, kurz: EPAs) laufen entwicklungspolitischen Bemühungen zuwider, denn sie setzen gemäß der Freihandelslogik auf eine weitreichende Liberalisierung und Marktöffnung, die es den Ländern fast unmöglich macht, eigene nationale und regionale Binnenmärkte aufzubauen. Seit fünfzehn Jahren drängt die Europäische Union auf den Abschluss der EPAs trotz großem Widerstand der Zivilgesellschaft in afrikanischen und europäischen Ländern. Im Koalitionsvertrag heißt es nun, dass die Abkommen „überprüft“ werden sollen, „ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen“. Eine solche Überprüfung muss unserer Meinung zu dem Ergebnis führen, dass die EPAs so schnell wie möglich rückgängig gemacht werden.

Es bleibt bei freiwilligen Maßnahmen für Unternehmen im Bereich Menschenrechte

Seit langem fordert das Forum Fairer Handel, dass Deutschland Unternehmen per Gesetz verpflichtet, für den Schutz der

Menschenrechte entlang ihrer gesamten Lieferkette zu sorgen. Nur ein Gesetz kann dafür sorgen, dass alle Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen. Die Koalitionsparteien haben es verpasst, eine solche gesetzliche Regelung jetzt festzuschreiben. Der nächste Schritt ist die Überprüfung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) in 2020. Eine gesetzliche Initiative sieht der Koalitionsvertrag lediglich vor, falls die freiwilligen Maßnahmen für Unternehmen als unzureichend bewertet werden. Auch erwähnen die Koalitionäre mit keinem Wort, dass es auf internationaler Ebene derzeit Verhandlungen in den Vereinten Nationen zu einem internationalen Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten gibt (UN Treaty). Nun gilt es, den NAP konsequent umzusetzen und die vorgesehenen Überprüfungen gründlich und nachvollziehbar zu gestalten. Zudem muss die zukünftige Bundesregierung den Prozess in den Vereinten Nationen für ein Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten konstruktiv unterstützen. Wir bleiben bei unserer Forderung einer gesetzlichen Regelung zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen und werden uns dafür weiterhin nach Kräften einsetzen.

<http://www.forum-fairer-handel.de/startseite/>

Sambia: UN-Report bestätigt Kritik an großflächigen Agrarinvestitionen

Professor Hilal Elver, UN-Sonderbericht-erstatte(r)in für das Recht auf Nahrung, legt diese Woche beim UN-Menschenrechtsrat in Genf ihren Bericht zur Ernährungssituation in Sambia vor. Der Report stellt fest, dass die von der Regierung propagierte großflächige Landwirtschaft zur Verdrängung von Kleinbauern führt – mit schwerwiegenden Folgen für deren Ernährung. Hierfür verantwortlich sind auch Investoren, die vom deutschen Entwicklungsministerium finanziert werden. Hilal Elver hatte in Sambia u.a. eine Gemeinde besucht, die von FIAN unterstützt wird. Der in dieser Woche vorgestellte UN-Bericht zur Ernährungssituation in Sambia bestätigt die Kritik der Menschenrechtsorganisation FIAN an großflächigen Agrarinvestitionen in Sambia. Der von der UN-Sonderbericht-erstatte(r)in für das Recht auf Nahrung veröffentlichte Report schlussfolgert: „Dem sambischen Landrecht fehlen Schutzmaßnahmen, um den Zugang von Kleinbauern zu Land sicherzustellen. Die Strategie der Regierung, die exportorientierte großflächige kommerzielle Landwirtschaft in eine treibende Kraft der Wirtschaft zu verwandeln, birgt das Risiko, Bauern von ihrem

Land zu verdrängen. Hierdurch werden diese aus der Produktion gedrängt – mit schwerwiegenden Folgen für ihr Recht auf Nahrung. Die Auswirkungen solcher Maßnahmen sind besonders besorgniserregend, da Kleinbauern fast 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen und für ihren Lebensunterhalt von Land abhängig sind; gleichzeitig ernähren sie rund 90 Prozent der sambischen Bevölkerung.“ (Übersetzung FIAN) Seit Jahren kritisiert FIAN die Finanzierung der größten Agrarinvestoren in Sambia durch die deutsche Entwicklungshilfe. FIAN-Recherchen in Sambia dokumentierten wiederholt menschenrechtliche Probleme im Zusammenhang mit Investitionen, an denen auch die deutsche Entwicklungsbank DEG und der vom deutschen Entwicklungsministerium BMZ in Luxemburg aufgelegte Entwicklungsfonds AATIF beteiligt sind. Die DEG finanziert zudem den deutschen Agrar-Investor Amatheon Agri, welcher über 40 000 Hektar in Sambia aufgekauft hat. FIAN hat die hiermit verbundenen menschenrechtlichen Probleme wiederholt den beteiligten Stellen vorgelegt. Eine mehrfach versprochene effektive und unabhängige Menschenrechtsprüfung von Entwicklungshilfeprojekten fehlt bis heute.

<https://www.fian.de>

Neue Vorwürfe wegen Profit mit Gefängnisarbeit in China: Entschlossenes Handeln von H&M und C&A gefordert

Unternehmen wie H&M und C&A dürfen keine Geschäfte mit Produkten aus Gefängnis- und Zwangsarbeit machen. Das stellt die Clean Clothes Campaign – Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) nach Bekanntwerden neuer Vorwürfe aus China klar. Der Fall des ehemaligen Journalisten Briton Peter Humphrey zeigt, dass die vorhandene Transparenz nicht ausreicht. Die Unternehmen müssen in Sachen Menschenrechte die Nachverfolgbarkeit ihrer Produkte, das Lieferkettenmanagement und ihre unabhängigen Kontrollsysteme verbessern. Eine angemessene gesetzliche Regulierung würde darüber hinaus einen besseren politischen Rahmen setzen. „Wenn Unternehmen ihrem Anspruch gerecht werden wollen, mit Produkten aus Gefängnisarbeit keine Geschäfte zu machen, dann müssen Sie den aktuellen Vorwürfen mit allen Möglichkeiten, die sie haben, nachgehen“, betont Berndt Hinzmann, Fachreferent für die Kampagne für Saubere Kleidung bei INKOTA. „Bei dieser und bei allen Auftragsvergaben muss eine Sorgfaltsprüfung in Sachen Menschenrechte durchgeführt werden. Außerdem müssen Einkaufspraxis und Lieferantenmanagement so umgestellt

werden, dass grundsätzlich eine Verletzung der Menschenrechte bei der Arbeit ausgeschlossen ist. Dabei darf es einfach nicht zu Verstößen kommen!“ ...Es ist bekannt, dass Häftlinge in Gefängnissen in China für verschiedene Firmen arbeiten. Der Name H&M taucht dabei nicht zum ersten Mal auf. H&M und C&A verweisen in ihren Verhaltenskodizes darauf, dass Zwangs- und Gefängnisarbeit für ihre Produkte ausgeschlossen sind und orientieren sich an den ILO-Konventionen 29 und 105 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). In letzter Zeit haben beide Unternehmen wiederholt ihr Engagement in Sachen Transparenz betont.

<https://saubere-kleidung.de>

Geschlechtsspezifische Gewalt gehört zu den am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen der Welt

Femnet unterstützt die am 14.02.2018 startende Kampagne für die Unterzeichnung einer ILO-Konvention gegen geschlechtsspezifische Gewalt am Arbeitsplatz. Die Kampagne läuft bis zum Frauentag am 8. März. Bisher gibt es zwar das 1979 von der UN verabschiedete Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), doch gibt es noch kein internationales Gesetz, das Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt am Arbeitsplatz vorschreibt. Geschlechtsspezifische Gewalt am Arbeitsplatz ist weltweit verbreitet und besonders spürbar in zahlreichen Produktionsländern unserer Kleidung. Deshalb müssen europäische Unternehmen, die in diesen Ländern produzieren lassen, besonders darauf achten, dass ihre Lieferanten keine Gewalt am Arbeitsplatz dulden. Femnet hat hierzu Forderungen an die Unternehmen gerichtet, die auf Basis der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, den OECD-Leitsätzen, der ILO MNU Erklärung und dem Nationalen Aktionsplan formuliert wurden.

Zur Kampagnenwebseite: <https://www.ituc-csi.org/23days?lang=en>, <https://saubere-kleidung.de>

Putzen, waschen, bügeln...

Millionen Mädchen werden in fremden Haushalten ausgebeutet

Anlässlich des Weltfrauentages macht das internationale Kinderhilfswerk terre des hommes auf die Ausbeutung von minderjährigen Hausangestellten aufmerksam: Weltweit arbeiten laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) etwa zehn Millionen Kinder in fremden Haushalten – über 70 Prozent davon sind Mädchen. Viele von ihnen haben extrem lange Arbeitszeiten und schuften unter sklavenähnli-

chen Bedingungen. Sie leben oft fernab ihrer Heimat im Haus der Arbeitgeber, wo sie jederzeit greifbar und kontrollierbar sind. Zu ihren Aufgaben gehört ein breites Spektrum: Putzen, Waschen, Kochen, Bügeln, Gartenarbeit, Wasserholen, Kinderbetreuung, Altenpflege und vieles mehr. Sie tragen schwere Lasten und müssen mit scharfen Messern, heißen Gegenständen, Feuer und giftigen Chemikalien umgehen. „Meist beginnen die Mädchen diese Arbeit, weil die ökonomische Situation ihrer Familie es erfordert“, so terre des hommes-Pressesprecher Wolf-Christian Ramm. „Viele haben den Wunsch, gleichzeitig eine Schule besuchen zu können. Diese Hoffnung wird jedoch oft enttäuscht. Häufig haben sie keine oder kaum Freizeit und lernen außer ihrem Arbeitgeber niemanden kennen. Das Risiko, Opfer von Diskriminierung, sexuellem Missbrauch und Ausbeutung zu werden, ist hoch.“

Die terre des hommes in Partnerorganisation APSEF (Mali) besucht auch die Herkunftsdörfer der Mädchen und informiert dort über die Risiken der Stadt. Auch auf politischer Ebene versucht APSEF, die Rechte von Hausangestellten durchzusetzen – insbesondere durch die Ratifizierung des Übereinkommens über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte der ILO.

<https://www.tdh.de>

Forderungspapier zu ILO-Kernarbeitsnormen im Berliner Vergabegesetz

5.3.2018: WEED erarbeitete gemeinsam mit dem Berliner FAIRgabe-Bündnis Kernforderungen für die Berücksichtigung der ILO-Kernarbeitsnormen und weiterer sozialer Kriterien in einem novellierten Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz. Die Berücksichtigung sozialer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung hat in den letzten Jahren deutlich an Aufmerksamkeit gewonnen. Auch die Berliner Koalitionsvereinbarung für 2016-2021 hält fest: „Die Koalition wird das Berliner Vergabegesetz und die Vergabe öffentlicher Aufträge nutzen, um im Rahmen des rechtlich Zulässigen eine nachhaltige, an ökologischen, sozialen und geschlechtergerechten Kriterien ausgerichtete wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen.“ Die 2014 von der Europäischen Union angestoßene Vergaberechtsreform, die im Frühjahr 2016 in deutsches Recht umgesetzt wurde, ist ein erster wichtiger Schritt, der die nachhaltige öffentliche Beschaffung wirksam stärken kann. Auch die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) erweitert die Einbeziehung von sozialen Kriterien im Vergabeprozess. Damit die entsprechenden Vorgaben im



Ober- und Unterschwellenbereich nicht zum „Papiertiger“ werden, sondern tatsächlich Anreize für Unternehmen schaffen, internationale Standards zur Unternehmensverantwortung einzuhalten, sind entsprechend eindeutige Regelungen auf Gesetzes- und Verordnungsebene notwendig. Vor diesem Hintergrund werden Kernforderungen für die Novellierung des BerLaVG konkretisiert.

Mehr unter: http://www2.weed-online.org/uploads/kernforderungen_soziale_kriterien_novellierung_berlavg_2018_clean.pdf

SoVD fordert mehr Gleichberechtigung im Erwerbsleben

„Auch nach 100 Jahren Frauenwahlrecht ist das Ziel auf dem Weg zur Gleichberechtigung noch nicht erreicht“, mahnt die Bundesfrauensprecherin des Sozialverband SoVD Edda Schliepack. „Frauen tragen noch immer ein durchschnittlich höheres Risiko, in Armut abzurutschen. Ein Grund ist hierfür die Tatsache, dass die weit über sieben Millionen Minijobs in Deutschland zum größten Teil von Frauen besetzt sind. Und das muss sich ändern“, betont Edda Schliepack. „Deshalb darf es keine Ausnahmen vom Mindestlohn geben. Zudem muss Schluss sein mit der Niedriglohnpolitik. Nötig ist eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben.“ Am 12. November 1918 erhielten die Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht. Dem gleichen Wahlrecht von Mann und Frau war ein langer und mühevoller Kampf vorausgegangen. Auf nationaler Ebene konnten die deutschen Frauen von ihrem Recht erstmals im Januar 1919 bei der Wahl der Deutschen Nationalversammlung Gebrauch machen. Die historischen Erfahrungen seit 1917 – zwei Weltkriege, Unterdrückung und die NS-Diktatur – haben gezeigt, dass soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden einander bedingen. Daher setzt sich der SoVD seit 100 Jahren erfolgreich zugunsten sozial Benachteiligter für diese Werte ein. Politisch vertritt der SoVD die Interessen der gesetzlich Rentenversicherten, der gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und der behinderten Menschen.

<https://www.presseportal.de/nr/43645>



Die Tafeln

Die gemeinnützigen Tafeln sammeln qualitativ einwandfreie Lebensmittel, die sonst im Müll landen würden, und verteilen sie an bedürftige Menschen. Eine Idee, von der alle profitieren.



Der Dachverband

Die Tafel Deutschland ist der Dachverband der deutschen Tafeln. Der gemeinnützige Verein vertritt die Interessen seiner Mitglieder und unterstützt als Service-Verband die Tafel-Arbeit vor Ort.



Unsere Werte

Die Tafeln und ihr Dachverband arbeiten nach verbindlichen Grundwerten – ein verlässliches Qualitätsmerkmal für alle, die mit uns zu tun haben.



Aktuelle Meldungen

Aktionen, Veranstaltungen, Spenden: Wir halten Sie über neueste Entwicklungen bei den Tafeln und ihrem Dachverband auf dem



Downloads und Publikationen

Die Tafel Deutschland ist das Sprachrohr der Tafeln. In unseren Publikationen finden Sie Wissenswertes rund um die Tafel-Arbeit



Termine

Bei den Tafeln ist immer was los. In der Übersicht finden Sie aktuelle Veranstaltungshinweise.

<https://www.tafel.de/ueber-uns/>

Tafeln: Eine solidarische Initiative vor Problemen

THORSTEN JANNOFF, GELSENKIRCHEN

Zwischen Überfluss und Mangel kümmern sich die solidarischen Netzwerke der Tafeln um eine Lücke, die die staatlichen Sozialsysteme lassen und sehen sich zunehmend alleine gelassen. Durch ihren Bekanntheitsgrad und die steigende Zahl armer Menschen erhöht sich massiv die Nachfrage während eine zunehmende digitalisierte Lagerhaltung

des Handels die Lebensmittelüberschüsse verringert und das Angebot verknappt. Die Tafeln reagieren darauf überwiegend mit organisatorischen Verbesserungen bei der Verteilung der Lebensmittel und mit „Einsatzbereitschaft und Kreativität.“ (s. PM der Tafeln). Nur die Essener Tafel hat sich mit ihrem wenig kreativen Beschluss, vorerst nur noch Personen mit deutschem Pass neu aufzunehmen, für eine ausgrenzende Maßnahme ent-

schieden und damit eine bundesweite Debatte ausgelöst.

Wir dokumentieren im Folgenden aktuelle Forderungen der Tafeln sowie der Sozialverbände an die neue Bundesregierung, aus der Satzung des Landesverbandes der Tafeln NRW, aus einer gemeinsamen Erklärung der Stadt Essen und der Tafeln sowie aus einer Pressemitteilung der linken Ratsfraktion aus Essen.

Tafel Deutschland stellt Forderungen an die neue Regierung

Die Tafel Deutschland begrüßt die Regierungsbildung von CDU, CSU und SPD. Sie fordert nun ein rasches Handeln der Parteien für eine sozial-ökologische Wende.

„Die letzten Wochen haben gezeigt, wozu es führt, wenn der Staat ehrenamtliche Hilfsorganisationen wie die Tafeln mit Aufgaben alleine lässt, die größer sind als sie selbst“, so Jochen Brühl, Vorsitzender des Tafel Deutschland e.V. „Die Überforderung muss ein Ende haben – und zwar schnell. Die Zahl der Armen in Deutschland muss nachhaltig gesenkt werden – und daran muss sich eine Regierung, die sich soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hat, messen lassen. Spätestens in zwei Jahren werden wir sehen, ob die großen Ansprüche erfüllt werden konnten und damit die Hoffnungen von Millionen. Das betrifft genauso die Menschen, die auf der Suche nach Schutz und Sicherheit zu uns gekommen sind. Integration muss aktiv vom Staat gefördert werden. Selbstver-

ständig sind hier auch Organisationen wie die Tafeln mit Einsatzbereitschaft und Kreativität gefragt, aber sie dürfen nicht länger das Gefühl haben, allein auf weiter Flur zu stehen.“

Konkret bezieht die Tafel Deutschland Stellung zu folgenden Themen:

Kinder- und Altersarmut verhindern

Die deutsche Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit steht auf einem Rekordtief. Viele Menschen bekommen von dieser Entwicklung allerdings nichts mit. Die Tafel Deutschland fordert die Regierung auf, eine armutsfeste Entlohnung im Erwerbsleben, eine gerechtere Anerkennung von Betreuungszeiten von Kindern und Eltern im Rentenrecht sowie armutsfeste Mindestrenten und Grundsicherungsleistungen im Alter durchzusetzen. Die Tafel Deutschland kritisiert die unzureichenden Maßnahmen in der Qualitätssteigerung der Kinderbetreuung, begrüßt jedoch die Unterstützung der Kommu-

nen bei der Bewältigung des demographischen Wandels. Unzureichend sei jedoch die Einführung der Grundrente, mit der ein neues „Klassensystem“ der Alterssicherung geschaffen würde.

Integration und Teilhabe für alle

Die Tafeln arbeiten daran, Integration und soziale Teilhabe für alle ausgegrenzten Menschen zu gewährleisten, egal welcher Herkunft. Diese Haltung und ihre Umsetzung erwartet die Tafel Deutschland auch von den politisch Verantwortlichen. Die Ankündigung der großen Koalition, die humanitäre Zuwanderung zu begrenzen, bewertet sie als „Ton der Abschreckung“. Die Familienzusammenführung für „subsidiär Geschützte“ bleibe für viele Menschen unerreichbar, die Integration der Geflüchteten werde weiterhin erschwert.

Bildungsgerechtigkeit

Chancengleichheit braucht kostenlose,

bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Die Tafel Deutschland ist erfreut über die Investitionen im schulischen Bereich, bewertet diese aber als ungenügend. Der Verband fordert die Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsfachs Ernährungsbildung an Schulen.

Ehrenamtsförderung

Über 60 000 Ehrenamtliche arbeiten bundesweit bei den Tafeln. Um das Interesse an einem Ehrenamt aufrechtzuerhalten, brauche es neben politischer und gesellschaftlicher Anerkennung auch finanzielle Anreize, insbesondere im Renten- und Steuerrecht. Die Tafel Deutschland nimmt positiv wahr, dass dem Ehrenamt ein großer Stellenwert im Koalitionsvertrag eingeräumt wird. Ehrenamtliche sollen steuerlich entlastet werden, der rechtliche Rahmen für ehrenamtliche Betätigung solle verbessert werden. Weiterhin gestärkt werden sollen der Bundes- und Jugendfreiwilligendienst sowie der Zugang zum Freiwilligendienst von Menschen mit Behinderung. Konkrete Maßnahmen blieben jedoch aus.

Das Ausmaß der Lebensmittelverschwendung in Deutschland mit jährlich

82 Kilogramm weggeworfenen Lebensmitteln pro Person ist erschreckend. Aufklärungskampagnen und nachhaltige Lösungen sind erforderlich.

Lebensmittelverschwendung stoppen

Die Tafel Deutschland begrüßt die Ziele der großen Koalition, Lebensmittelverschwendung zu reduzieren, das Mindesthaltbarkeitsdatum zu überprüfen und die Einführung intelligenter Verpackungen zu fördern. Der Verband kritisiert dabei allerdings das Ausbleiben klarer Positionen.

Weiterhin fordert die Tafel Deutschland,

- eine gerechte Besteuerung und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, um eine gelingende Armutspolitik zu fördern,
- ein Umdenken in der Beschäftigungspolitik, nachhaltige Konzepte zu armutsfesten Entlohnungen sowie eine Rückkehr zu bedarfsorientierten Regelsätzen,
- Armutsbeauftragte in Bund und Ländern für eine starke Stimme in der Politik armer und ausgegrenzter Menschen.

www.tafel.de/ueber-uns/der-dachverband/

Gemeinsame Presseerklärung der Essener Tafel e.V., dem Landesverband der Tafeln in NRW, der Tafel Deutschland e.V. und der Stadt Essen

Gemeinsam mit den Verantwortlichen der Essener Tafel e.V., dem Landesverband der Tafeln in NRW, der Tafel Deutschland und der Stadt Essen, wurden die aktuellen Probleme analysiert und erste Lösungsansätze beraten. Das Ergebnis der Beratungen ist, dass unter der Moderation des Sozialdezernenten der Stadt Essen dieser kurzfristig zu einem „Runden Tisch“ mit der Essener Tafel, den Essener Wohlfahrtsverbänden und Vertretern des Verbundes der Essener Migrantenselbstorganisationen einlädt.

Der „Runde Tisch“ soll dazu beitragen, dass Lösungsansätze erarbeitet werden,

damit die Essener Tafel ihre Zielgruppen bestmöglich erreicht. Die Beteiligten der heutigen Gespräche waren sich einig, dass im Fokus der Essener Tafel ganz besonders Alleinerziehende, Familien mit minderjährigen Kindern und Seniorinnen und Senioren stehen.

Die Beteiligten sind sich sicher, dass durch die Kooperation mit den Teilnehmenden am „Runden Tisch“ gemeinsam zu tragfähige Lösungen für die Zukunft der wichtigen Arbeit der Ehrenamtlichen bei der Essener Tafel erarbeitet werden.

Der „Runde Tisch“ wird sich innerhalb der nächsten zwei Wochen konstituieren. <https://www.tafel.de/ueber-uns/der-dachverband/>

Bündnis fordert offensive Sozialpolitik: Armut jetzt bekämpfen

Entschlossene Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und eine sofortige Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung für alle hier lebenden bedürftigen Menschen fordern über 30 bundesweit aktive Organisationen von der neuen Bundesregierung heute in einer gemeinsamen Erklärung anlässlich der aktuellen Debatte um die Tafeln. Dass

Menschen, egal welcher Herkunft, überhaupt Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssten, sei Ausdruck politischen und sozialstaatlichen Versagens in diesem reichen Land, heißt es in der Erklärung, die u.a. vom DGB, der Nationalen Armutskonferenz, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Sozialverband VdK Deutschland, dem Verband al-

Essener Tafel verstößt gegen eigenes Leitbild

Die Ratsfraktion Die Linke lehnt bei allem Respekt vor der wichtigen Arbeit der Essener Tafel die neue Praxis ab, nur noch Personen mit deutschem Ausweis neu aufzunehmen. Die Tafel sollte ihre Grundsätze der Humanität, Solidarität sowie Gerechtigkeit und Teilhabe weiter einhalten.

„Mit diesem Schritt verstößt die Essener Tafel gegen ihre eigenen Grundsätze, setzt sich dem Verdacht der Diskriminierung aus und schadet dem eigenen Ansehen“, so Ratsfrau Ezgi Güyildar. „Nach ihrem Selbstbild sind die Tafeln allen Bedürftigen verpflichtet, ohne nach deren Herkunft und Ausweis zu fragen. Sie haben sogar eine Charta gegen Rassismus

Aus der Satzung des Landesverbandes der Tafeln in Nordrhein-Westfalen e.V.



... Der Verein ist gegen jegliche Benachteiligung und Diskriminierung. Alle Personen werden – unabhängig von ihrer Rasse, ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Weltanschauung, ihres Alters, ihrer sexuellen Identität oder einer Behinderung – gleichwertig und würdevoll behandelt ...

www.tafeln-nrw.de/Uber-uns/uber-uns.html

verabschiedet, in der sie für eine gelebte Willkommenskultur eintreten und sich klar gegen ein Ausspielen der Schwachen gegen die Schwächsten aussprechen. Wir wünschen uns, dass sich auch der Vorsitzende der Essener Tafel, Jörg Sartor, weiter dafür einsetzt.“

Nach Informationen der Ratsfraktion Die Linke können die Tafeln umliegender Städte die Erfahrungen aus Essen nicht bestätigen und lehnen die Maßnahme als Diskriminierung ab. Sollte es tatsächlich zu Verfehlungen Einzelner kommen, müssen diese auf die Verhaltensregeln aufmerksam gemacht und möglicherweise auch abgewiesen werden. Eine Kollektivbestrafung ist nicht zu rechtfertigen.

„Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass aufgrund der zunehmenden Armut viel zu viele Menschen auf die Tafel angewiesen sind und es zunehmend zu einer Konkurrenz um deren Angebote kommt“, so Ulla Lötzer, für Die Linke im Sozialausschuss, abschließend. „Wir fordern Herrn Renzel auf, das Gespräch mit der Tafel zu suchen, mit dem Ziel, diese Praxis zurückzunehmen.“

www.linksfraktion-essen.de

■ leinerziehender Mütter und Väter, dem Deutschen Kinderschutzbund, der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslösenhilfe und PRO ASYL unterzeichnet wurde.

Konkret gefordert wird die Anhebung der Regelsätze in Hartz IV, der Sozialhilfe und der Leistungen für Asylbewerber auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau. „Die Leistungen in der Altersgrundsicherung, bei Hartz IV oder im Asylbewerberleistungsgesetz sind ganz einfach zu gering bemessen und schützen nicht vor Armut. Die Regelsätze müssen sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe garantieren. Wir brauchen eine untere Haltelinie gegen die Spaltung in Arm und Reich und müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken“, so Annelie Buntenbach, Mitglied im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Es sei ein Skandal, dass die politisch Verantwortlichen das seit Jahren bestehende gravierende Armutsproblem verharmlosen und keine Maßnahmen zur Lösung einleiten, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Kritik äußert in diesem Zusammenhang Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, auch am Koalitionsvertrag der künftigen Regierung: „Wir wollen den Kern des Problems in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte und das Thema Armutsbekämpfung auf

die Agenda der großen Koalition setzen. Die Sicherung des Existenzminimums ist Aufgabe des Sozialstaates und nicht privater Initiativen und ehrenamtlichen Engagements. Niemand dürfte in unserem Sozialstaat auf Lebensmittelspenden angewiesen sein. Der Koalitionsvertrag zeigt hierzu eine bemerkenswerte Leerstelle.“

Nachbesserungsbedarf wird dabei unter anderem beim Thema Kinderarmut gesehen. Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB): „Die Tafeln leisten großartige Arbeit. Aber dass in einem reichen Land wie Deutschland 360 000 Kinder und Jugendliche gezwungen sind, die Tafeln zu nutzen, um satt zu werden, ist eine Schande. Der Staat hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass jemand, der Kinder hat, ganz normal im Supermarkt einkaufen gehen kann, und nicht auf kostenlose und freiwillige Angebote Dritter ausweichen muss. Dafür müssen die Regelsätze ausreichen und entsprechend bemessen werden.“

Gemeinsam positionieren sich die Organisationen ganz klar für Integration und eine offensive Sozialpolitik für alle hier lebenden Menschen. Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL: „Deutschland ist reich, in Deutschland gibt es genug Geld und erst recht genug Nahrung für alle. Flüchtlinge und Migranten werden als Sündenböcke instrumentalisiert und für Fehlentwicklungen

wie Armut und Wohnungsnot verantwortlich gemacht, die die Politik zu verantworten hat. Wir brauchen eine auf Gerechtigkeit und Integration abzielende Sozialpolitik, die Flüchtlinge und Migranten einschließt. Dazu gehört auch die Sicherstellung des Existenzminimums für alle Menschen in Deutschland. Hilfsbedürftige dürfen nicht nach Pass oder Nationalität gegeneinander ausgespielt werden.“

Auch Barbara Eschen, Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz und Diakoniedirektorin in Berlin-Brandenburg, warnt vor einer gesellschaftlichen Entsolidarisierung und unterstreicht: „Alle in Armut lebenden Menschen leiden unter einer ungerechten Politik, die Armut nicht bekämpft. Es ist unerträglich, dass von Armut betroffene Menschen jetzt in Konkurrenz zueinander stehen. Es kann nicht länger sein, dass staatliche Maßnahmen wie der Regelsatz das Auskommen nicht sichern und Ehrenamtliche einspringen sollen, die das an die Belastungsgrenze bringt. So dürfen auch die Tafeln nicht länger die Ausputzer der Nation sein!“

Die Erklärung wird getragen von über 30 bundesweit aktiven Organisationen. Weitere interessierte Organisationen und Initiativen, auch lokal und regional aktive, sind eingeladen, den Aufruf mit zu unterstützen.

Mehr Informationen unter: www.der-paritaetische.de/aufruf

Vorgänge an den Tafeln zeigen: Wir brauchen einen Sozialpakt

Die Essener Tafel hat einen Aufnahme-stopp für ausländische Bedürftige beschlossen. Dazu erklärt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei Die Linke und

sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag:

Es ist absurd, jetzt über Quoten für Deutsche und Nichtdeutsche an den

Tafeln zu diskutieren. Es muss darum gehen, dafür zu sorgen, dass Tafeln überflüssig werden. Nicht der Pass sollte entscheidend sein, sondern die Bedürftigkeit.

Was in den Tafeln passiert, ist ein großes Alarmsignal und ein Handlungsauftrag an die Politik. Wir brauchen einen Sozialpakt, der garantiert, dass alle vor Armut geschützt sind und der die Mittelschichten besser stellt. Die Tafeln unterstützen regelmäßig bis zu 1,5 Millionen bedürftige Menschen. Während die Konzerngewinne steigen und die Kassen im Finanzministerium klingeln, sind immer mehr Menschen in Deutschland von Armut bedroht.

Die Linke fordert die Abschaffung des Hartz IV-Sanktions-Systems, eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro und einen Mindestlohn von zwölf Euro, um Einkommensarmut bei Erwerbslosen zu verhindern.

Und eine Entlastung der Mittelschicht bei Steuern.

<https://www.die-linke.de/start/>



Essener Tafel: Nazivergleich ist absurd!

Mehrere Fahrzeuge und die Ausgabestelle der Essener Tafel sind mit „Nazi“-Graffiti beschmiert worden. Die Ratsfraktion Die Linke hat kein Verständnis für diese Diffamierung der Essener Tafel mit Nazivergleichen. Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke: „Mit diesem unsäglichen Nazivergleich wird weit über das Ziel hinaus geschossen. Die Essener Tafel hat mit dem Aufnahmestopp für Migranten eine sehr kritikwürdige Entscheidung gefällt, mit der sie gegen ihre eigenen Grundsätze verstößt. Aber deshalb sind die ehrenamtlichen Helfer der Tafel, die mit hohem persönlichem Einsatz in ihrer Freizeit den Bedürftigen helfen, noch lange keine Nazis. Wer solche absurden Vergleiche anstellt, verharmlost in Wirklichkeit die richtigen Nazis.“ In Essen kommt es offensichtlich auch deshalb zu Konflikten, weil die Steuerung der Lebensmittelausgabe nicht optimal gelöst ist. In anderen Städten werden Termine für die Ausgabe der Lebensmittel vergeben. Damit ließe sich bestimmt die Konkurrenz um Lebensmittel etwas dämpfen, die letztlich auf die zunehmende Armut zurückzuführen ist. „Wir erwarten hier eine klare Haltung auch von Sozialdezernent Peter Renzel“, so Ratsfrau Ezgi Güyildar. „Gerade er weiß, dass viele Menschen, die am Existenzminimum leben, auf die kostenlosen Lebensmittel angewiesen sind. Es passt nicht zu einer Stadt, die viel auf ihre Integrationsanstrengungen Wert legt, ausgerechnet die aktuelle diskriminierende Praxis der Essener Tafel zu verteidigen, wie es Oberbürgermeister Thomas Kufen gemacht hat. In dieser zunehmenden Armut sehen wir den eigentlichen gesellschaftlichen Skandal, der dem Konflikt zu Grund liegt. Der Ausschluss von zugewanderten Menschen ist der falsche Weg. Aber der Leiter der Tafel, Herr Sartor hat ja jetzt klargestellt, dass die Maßnahme nur vorübergehend ist. Je schneller sie beendet wird, desto besser!“

www.linksfraktion-essen.de

Amerikanische Verhältnisse jetzt auch in GADEBUSCH: Tafeln schließen wegen Haushaltsnotstand. „Wenn ich sehe, dass Tafeln von der Schließung bedroht sind, weil es immer noch keinen Nachtragshaushalt für 2018 gibt, sind amerikanische Verhältnisse des Haushaltsnotstands nicht mehr fern. Es ist nicht hinnehmbar, dass in dieser Phase des Wartens auf den Haushalt wieder einmal die Ärmsten der Armen die Leidtragenden sind“, erklärt die Linke Bundestagsabge-

ordnete Heidrun Bluhm (Mecklenburg-Vorpommern), Mitglied des Haushaltsausschusses, zu der drohenden Schließung der Ausgabestelle der Tafel u.a. auch in Gadebusch. Bluhm weiter: „Das Jobcenter kann ab April deshalb keine Gelder mehr für die Gadebuscher Tafel zur Verfügung stellen. Die Problemlösung wird einfach den engagierten Freiwilligen vor Ort aufgebürdet. Fakt ist: Das Jobcenter kann derzeit nur seine Pflichtaufgaben finanzieren; Leistungen beispielsweise für Tafeln oder Sozialkaufhäuser fallen da schnell hinten runter und das nicht nur in Gadebusch. Auch viele andere Träger der Sozialwirtschaft, die bisher über die ARGEn finanziert wurden, sind davon betroffen. Solange eine neue Bundesregierung nicht zu Potte kommt, sind finanzielle Soforthilfen von Bund und Ländern zur Rettung der Tafeln notwendig. Genau das wird Die Linke in der kommenden ersten Haushaltsausschusssitzung beantragen.“

<http://kreisverband.die-linke-nwm.de/>

Erfolg: Bezirksvertretung fordert Kleiderkammer für Langendreer:

BOCHUM. Im Stadtteil Langendreer muss es weiterhin eine Kleiderkammer geben – diese Forderung hat die Bezirksvertretung Ost auf Initiative der Linken beschlossen. Der Antrag wurde von unseren Bezirksvertreter*innen Sevim Kaplan und Benny Krutschinna eingebracht, SPD und Grüne schlossen sich nach einer kleinen Änderung an. Jetzt fordert die Bezirksvertretung die Bochumer Verwaltung offiziell auf, sich aktiv darum zu kümmern, das Angebot einer Kleiderkammer im Bochumer Osten zu erhalten. Sie soll vor allem auch klären, wie Miet- und Nebenkosten für einen neuen Standort übernommen werden können. Gleichzeitig verpflichtete sich die Bezirksvertretung mit dem Beschluss selbst, sich mit einem angemessenen Beitrag an der Ausstattung der neuen Kleiderkammer beteiligen. Wir freuen uns, dass die Initiative unserer Bezirksvertreter*innen erfolgreich war und bleiben weiter dran.

Notwendig ist der Beschluss geworden, da die bisherige von Ehrenamtlichen betriebene Kleiderkammer Ende April schließen muss. Sie ist bisher im Pfarrhaus St. Marien untergebracht, das vor dem Abriss steht. Zum letzten Mal kann die Kleiderkammer an diesem Standort am 28. April öffnen.

Obwohl die Aktiven betonen, dass es weiterhin Bedarf gibt, ist bisher noch keine Nachfolgelösung gefunden.

<http://linksfraktionbochum.de>

Die Linke: Mehr Winterhilfe für Obdachlose. LÜBECK. Lübeck versinkt im Schnee, Minustemperaturen und eisiger Wind machen den Alltag und vor allem

die Nächte mehr als nur ungemütlich. Für Menschen ohne Obdach eine Gefahr für Leib und Leben. Die Linke in Lübeck fordert von Politik und Verwaltung schnellstmöglich ein tragfähiges Konzept, um die immer stärker steigende Zahl an Wohnungslosen stärker vor Kälte zu schützen. „Leider sind wir aufgrund der Lübecker Wohnungskrise und mangelnden politischen Willens zur Lösung derselben, immer noch weit entfernt davon der immer stärker steigenden Zahl der Obdachlosen Herr zu werden. Gerade wenn der Winter so erbarmungslos zuschlägt wie jetzt, wird Wohnungslosigkeit jedoch eine Gefahr für Gesundheit und Leben“, ist Katjana Zunft, Vorsitzende der Lübecker Linken besorgt. Zwar gäbe es gute Ansätze in der Vermittlung Obdachloser in Notunterkünfte, Lübeck hinge jedoch anderen Großstädten immer noch deutlich hinterher, was städtische Konzepte zum Schutz Obdachloser im Winter betreffe. Ein besonderes Problem stelle dabei dar, dass nur in Lübeck registrierte Obdachlose Hilfe erfahren, die Zahl der nicht gemeldeten Obdachlosen jedoch immer stärker steige. Deshalb fordert die Partei die Einführung eines Kältebusses, die Einführung von Wärmeräumen mit Suppenküchen, um sowohl tagsüber als auch Nachts Aufenthalt im Warmen zu ermöglichen, eine deutliche Aufstockung der Plätze für Notunterkünfte und die stärkere finanzielle Unterstützung freier Träger und ehrenamtlichen Engagements in der winterlichen Obdachlosenhilfe.

<http://www.die-linke-luebeck.de>

Umgang mit Obdachlosen ist ein Skandal: Dortmund.

„Knöllchen für Obdachlose. Geht's noch?“ fragt Nadja Reigl, stellv. Vorsitzende der Fraktion Die Linke & Piraten und Mitglied im Sozialausschuss. Sie ist empört, weil ein Obdachloser ein Knöllchen von einem Mitarbeiter des Ordnungsamtes erhalten hat. Nicht zum ersten Mal. Der „Verstoß“ des Mannes: Er hatte in der Innenstadt unter freiem Himmel geschlafen. „Haben wir wirklich keine anderen Probleme in der Stadt Dortmund?“, fragt Nadja Reigl. „Ist es nicht eher ein Problem, dass im reichen Deutschland so viele Menschen kein Dach über dem Kopf haben? Und ist es nicht eher auch ein Problem, dass bei den aktuellen Minus-Temperaturen Menschen erfrieren könnten?“ Nadja Reigl: „Das Ordnungsamt ist offiziell für Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung in Dortmund zuständig. Ich frage mich, welcher Bereich durch den obdachlosen Mann in Gefahr war? Stand die Sicherheit Dortmunds durch den schlafenden Mann auf dem Spiel? Lag der Mann verkehrsbehindernd im Weg, so dass die Ordnung des Straßenbildes gefährdet war?“

www.dielinke-dortmund.de

Entwicklung der Mindestlöhne in Europa

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Kürzlich veröffentlichte die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Dublin eine Untersuchung zur Entwicklung der gesetzlichen Mindestlöhne in Europa. Die kleine Studie dokumentiert die Veränderungen, die zwischen dem 1. Januar 2017 und dem 1. Januar 2018 stattgefunden haben und vergleicht die nominellen und realen sowie die Kaufkraftstandards (siehe die nebenstehende Tabellen).

Im Verlauf des Jahres 2017 bestätigte sich die Tendenz der letzten Jahre. Die nominellen und realen Erhöhungen in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern steigen deutlich stärker als in den Westeuropäischen Ländern. Die realen Steigerungen liegen zwischen 1,5% (Litauen) und 50,4% (Rumänien – hier wurden allerdings in ihrer Höhe im Bericht nicht ausgewiesene Lohnnebenkosten von den Arbeitgebern auf die Beschäftigten verlagert); fünf Länder haben reale Erhöhungen zwischen 8,3 und

10%. Interessant ist auch der Vergleich Frankreich/Deutschland. Nach OECD Angaben beträgt der Mindestlohn in Frankreich 60,5% des Medianlohns und in der Bundesrepublik nur 46,7%. Aller-

dings beträgt der Wert des bundesdeutschen Minimumlohnes in Kaufkraftstandards 1446,2 und der französische fällt mit 1369,4 geringer aus. Ein Hinweis auf eine geringere Lohnspreizung in Frankreich, mindestens in der unteren Hälfte der Beschäftigten, aber auch der geringeren Lohnhöhe.

In der Gesamtschau wird der höchste Mindestlohn in Luxemburg gezahlt (1998,6 Euro) und der niedrigste in Bulgarien (260,8 Euro), wobei schon der zweitniedrigste Mindestlohn in Rumänien mit 400 Euro deutlich höher liegt als in Bulgarien. Damit haben höchster und niedrigster Mindestlohn ein Verhältnis von 1 zu 7,7. Interessant ist allerdings das Verhältnis in Kaufkraftstandards (als „Minimum wage in PPS“ in der Tabelle ausgewiesen) das aktuell bei 1 zu 3,3 liegt und damit weiter gesunken ist. Diese Tendenz wird auch in der zweiten hier abgebildeten Graphik sichtbar, die die nominalen und realen Veränderungen zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 1. Januar 2018 ausweist.

Die traditionelle Einteil-

	Country	Nominal growth	Real growth
High-range	United Kingdom	29.3%	11.8%
	Luxembourg	18.8%	6.3%
	Ireland	10.4%	6.1%
	France	11.5%	3.4%
	Netherlands	12.1%	1.8%
	Belgium	12.6%	-0.3%
	Germany	4.0%	-5.1%
Mid-range	Slovenia	41.1%	30.6%
	Portugal	19.6%	9.1%
	Spain	16.2%	7.5%
	Malta	13.3%	1.8%
	Greece	-20.8%	-22.2%
Low-range	Romania	216.7%	177.8%
	Bulgaria	112.5%	105.7%
	Hungary	87.8%	63.3%
	Estonia	79.9%	51.4%
	Poland	59.5%	45.8%
	Lithuania	62.9%	44.2%
	Latvia	58.4%	43.0%
	Slovakia	56.0%	41.8%
	Czech Republic	52.5%	37.0%
	Croatia	22.2%	12.3%

Table 5: Change in the statutory minimum wage in nominal and real terms between 1 January 2010 and 1 January 2018

Source: Authors' calculation based on Eurofound's Network of European Correspondents and Eurostat

Note: Countries are sorted according to the real growth rate from highest to lowest in each group. The nominal minimum wage rates were converted to real terms by using the average annual HICP index (prc_hicp_aind) for the period 2010 to 2017 (included) as updated by Eurostat on 19 January 2018. The figure for Germany refers to development since the introduction of statutory minimum wage in January 2015.

LUXEMBURGER Mindestlohn schützt nicht vor Armut. Der gewerkschaftliche Dachverband OGBL erhebt die Forderung nach einem verbesserten gesetzlichen Mindestlohn. Derzeit beträgt der monatliche Mindestlohn bei einer 40-Stunden-Woche 1.727 Euro, während die Armutsschwelle auf 1.860 Euro geschätzt wird. Dies bedeutet, dass die Mindestlohnempfänger zu den arbeitenden Armen gehören. Der OGBL bezieht sich auf eine Studie des Statistischen Amtes, die das Nettoeinkommen von 1900 Euro als notwendiges Einkommen für ein anständiges, aber bescheidenes Leben berechnete.

Quelle: ETUI Collective Bargaining Newsletter 12/2017 – <https://www.etui.org/E-Newsletters/Collective-bargaining-newsletter>

KROATIEN: Mindestlohn beträgt lediglich 43% des Durchschnittslohns. Seit 1. Januar 2018 gilt in Kroatien ein neuer Mindestlohn. Die Regierung Kroatiens verabschiedete eine Verordnung zu dessen Erhöhung um 5% oder einen Bruttobetrag von 163 Kuna

(netto 131). Der Bruttomindestlohn wird von 3.276 Kuna auf 3.439,80 Kuna (455 EUR) steigen, was etwa einem Nettobetrag von 2.752 Kuna (364 EUR) entspricht. Damit wird der Mindestlohn rechnerische 42,9% des Durchschnittslohns betragen. Das Mindestlohngesetz sieht auch zusätzliche Zahlungen für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen sowie für Überstunden vor. Allerdings erwägt die Regierung auch eine Kompensation für die Arbeitgeber. Der Mindestsatz für die Krankenversicherungsbeiträge, die von den Unternehmen gezahlt werden, soll um 50% sinken.

Quelle: <https://vlada.gov.hr/news/gov-t-increases-minimum-wage/23025>

Deutlich steigende Reallöhne in LITAUEN. Die Reallöhne in Litauen wuchsen 2017 um 5,7%, so die am 30. Januar vom Statistikamt des Landes veröffentlichten vorläufigen Zahlen. Die durchschnittlichen Bruttomonatslöhne in der Wirtschaft, einschließlich Einzelunternehmen, stiegen um 66 Euro oder 8,5% auf 840 Euro und der durchschnittliche

Nettolohn stieg um 58 Euro oder 9,6% auf 660 Euro. Die Bruttolöhne stiegen im vergangenen Jahr in allen wirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere im Groß- und Einzelhandel (um rund 11,1%) und im Bereich Information und Kommunikation (um rund 10,3%). Prognosen gehen davon aus, dass in 2018 und 2019 erneut Lohnsteigerungen von 7 oder 8% möglich sind. Damit bestätigt sich in den baltischen Staaten die Tendenz zur Annäherung an die Lohnstandards in den westeuropäischen Ländern.

Quelle: <http://www.latvianews.lv/business/11468/>

SPANIEN: Ein Schritt gegen wachsende Prekarität. Auf Basis von Gesprächen zwischen Regierung und wird der Mindestlohn in Spanien im nächsten Jahr um 4 Prozent auf 736 Euro pro Monat steigen. Das relativ schnelle Wachstum der spanischen Volkswirtschaft der letzten Jahre war begleitet von der starken Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse und anderer Formen prekärer Arbeit. Spaniens Arbeitslosenquote fiel im dritten Quartal auf das niedrigste

lung zwischen niedrigen, mittleren und hohen Mindestlöhnen, bei denen klassisch die ‚neuen Mitgliedsstaaten‘ in die untere Gruppe, die südeuropäischen Länder in die mittlere und die westeuropäischen Länder in die obere Gruppe fallen. Es ist mittlerweile eher so, dass sich die Grenze zwischen der unteren und der mittleren Gruppe verflüssigt. In KKS liegt Polen eher deutlich über Griechenland und Portugal, eine Reihe weiterer Länder eher schon dicht an den dortigen Standards.

Es scheint eher so, dass in einigen südeuropäischen Ländern deutlich weniger Dynamik auch in der wirtschaftlichen Entwicklung vorhanden ist. Es findet keine Heranführung an die westeuropäischen Länder statt. Die gelingt aktuell eher Slowenien, dessen Mindestlohn sich eher in Richtung der oberen Gruppe bewegt.

Stimmt diese Einschätzung, wäre dies auch ein Hinweis an die Linke (im Europaparlament). Sie hätte aktuell durchaus die Gelegenheit, den gewerkschaftlichen Kampagnen für eine stärkere Anhebungen der Mindestlöhne und den entsprechenden tariflichen Bemühungen, politisch beizustehen. Im linken Europawahlprogramm könnten konkrete Über-

Niveau seit fast neun Jahren, vor allem aufgrund des Beschäftigungswachstums in der Dienstleistungsbranche. Aber mit 16,4 Prozent ist es immer noch eine der höchsten Arbeitslosenquoten unter den Industrieländern ...

Quelle: <https://uk.reuters.com/article/uk-spain-economy-wages/spain-agrees-4-percent-rise-in-minimum-wage-for-2018-idUKKBN1ED2HP>

SLOWENIEN: Streitende Regierung.

Um 4,7 Prozent soll der Mindestlohn in Slowenien steigen. Dies kündigte Arbeitsministerin Anja Kopač Mrak an. Der gesetzliche Mindestlohn würde damit auf 842,79 Euro brutto pro Monat angehoben, was etwa 640 Euro netto (vorher 614 Euro) entspricht. Der Vorschlag berücksichtigt sowohl die Inflation als auch die Trends in den letzten Jahren und die Aussichten für ein stabiles Wirtschaftswachstum. Der Finanzminister zeigte sich überrascht über den Vorschlag ... Ebenso stellten sich andere Regierungsmitglieder gegen die vorgeschlagene Erhöhung. Da in Slowenien aber der oder die Arbeitsminister(in) den Mindestlohn

	Country	Minimum wage in PPS
High-range	Luxembourg	1615.3
	Germany	1446.2
	Belgium	1431.6
	Netherlands *	1402.7
	France	1369.4
	Ireland	1254.3
	United Kingdom *	1209.8
Mid-range	Slovenia	986.1
	Spain	901.9
	Malta	899.7
	Greece	792.9
	Portugal	771.1
Low-range	Poland	866.6
	Hungary	687.3
	Slovakia	639.8
	Romania	625.4
	Czech Republic	621.3
	Estonia	618.5
	Croatia	612.4
	Lithuania	599.8
	Latvia	536.9
	Bulgaria	491.4

Table 2: Statutory minimum wages in EU Member States in PPS in the second semester of 2017

Source: Eurostat, variable earn_mw_cur, extracted on 23 January 2017.

Note: PPS = purchasing power standards. Data in countries with * refer to the first semester of 2017. The countries are sorted according to the level of monthly minimum wage in PPS from the highest to the lowest in their category.

legungen für die osteuropäischen Länder, vor allem aber wohl auch die südeuropäischen Länder, bezüglich ihrer wirtschaftlichen Entwicklungspotentiale ausbuchstabiert und Vorschläge gemacht werden für den sinnvollen Einsatz der entsprechenden Ressourcen aus den großen Struktur- und Kohäsionsprogrammen aber auch dem immer grösser gewordenen Forschungsprogrammen. ■

nach Konsultationen festlegt, wurde die Erhöhung vorgenommen.

Quelle: <https://seenews.com/news/slovenia-lifts-minimum-monthly-wage-599772>

Textilarbeiter in BANGLADESCH fordern erhöhten Mindestlohn.

Der derzeitige Mindestlohn für Bekleidungsarbeiter in Bangladesch beträgt 68 US-Dollar und wurde 2013 festgelegt. Gewerkschaften in Bangladesh fordern jetzt eine Erhöhung auf 192 US-Dollar. Ende Februar organisierten die IndustriALL-Mitgliedsgewerkschaften in Bangladeschs Bekleidungssektor eine Reihe von Aktionen ... 2017 sahen sich Beschäftigten scharfen Unterdrückungsmassnahmen durch die Regierung ausgesetzt ... Neben der Erhöhung des Mindestlohns geht es jetzt auch um weitere soziale Forderungen und eine Änderung der Lohnstrukturen für die Arbeitnehmer in diesem Sektor ...

Quelle: <https://mailchi.mp/industrial-union/headlinesindustrial-285-international-womens-day-unions-must-act-to-end-violence-against-women-at-work?e=8cd026681f>

DOK: Blick in die Presse

ROSEMARIE STEFFENS, Langen, Hessen.

Erfolge und Niederlagen der rechten Listen Zentrum Automobil

AfD-nahe Liste Automobil-Zentrum gewinnt Betriebsratssitze bei Daimler in Stuttgart dazu. SWR, Die., 6.3.18. Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen des Stuttgarter Autobauers Daimler hat die rechtsgerichtete Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ weitere Mandate gewonnen. Insgesamt stellt sie jetzt elf Betriebsräte. Der Gruppierung Zentrum sei es gelungen, in Zeiten von Veränderungen in der Autoindustrie Ängste bei einzelnen Beschäftigten zu schüren und daraus Stimmen für die Betriebsratswahl zu gewinnen, sagt der Untertürkheimer Betriebsratschef Wolfgang Nieke. „Dabei verschweigen die führenden Köpfe von Zentrum ihren rechtsradikalen Hintergrund bewusst.“

Im Mercedes-Werk Rastatt gewinnen die Rechten drei Betriebsratssitze. *Badische Neueste Nachrichten*, Frei., 2.3.18. – Im Werk Rastatt erzielte die der AfD und Pegida nahe stehende Liste „Automobil Zentrum“ erstmals 3 Sitze, die IGM hat in diesem Gremium 29 von 35 Sitzen inne. Der Betriebsratsvorsitzende und Listenführer der „Rastatter Liste“ Ullrich Zinnert sagte: „Nach der ersten Listenwahl nach einem Viertel Jahrhundert sehen wir uns mit diesem Ergebnis einer neuen Ära der Betriebsratsarbeit gegenübergestellt. Zukünftig bedeutet das mehr denn je ein gemeinsames Werterverständnis zu etablieren, das auf Kooperation, Respekt und dem Willen zur Lösung im Sinne der Belegschaft, basiert.“

Zentrum-Automobil scheitert in der Daimler-Zentrale. *Stuttgarter Zeitung*, Mo., 5.3.18. – Die Gewerkschaft IG Metall konnte die Anzahl ihrer Sitze von 18 (2014) bei dieser Betriebsratswahl auf 22 der insgesamt 41 Sitze im Gremium erhöhen. Die Kandidaten der rechten Gruppierung gingen leer aus.

Die Gewinne der Rechten nicht zu Lasten der IG Metall. *Stuttgarter Zeitung*, Mi., 7.3.18. – Im Mercedes-Werk Sindelfingen hat die rechte Liste Zentrum 3,4 % und zieht mit erstmals 2 Mandaten in den Betriebsrat ein. Die IGM stellt allerdings 46 von 59 Sitzen, unverändert seit 2014. Im Werk Untertürkheim erreichten die Rechten 13,2 % und 6 Sitze – zwei mehr als 2014. Allerdings hat auch die IGM hier seit der Wahl 2014 drei Sitze dazugewonnen und kommt damit auf 37 von 47 BR-Mandate. Die Liste Zentrum hat in den Werken Untertürkheim und Möhringen den Sprung in das Gremium verfehlt.

„Volksentscheid nach Schweizer Vorbild“ taugt nicht für Despotie

ROSEMARIE STEFFENS

Heimlicher Souverän in Deutschland sei eine machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden Parteien ausgebildet habe, behauptet die AfD. Das deutsche Volk müsse wieder eigentlicher Souverän werden.^[1] Volksvertreter ließen sich den grundgesetzlich garantierten Parlamentsvorbehalt für alle wichtigen Entscheidungen im Staat nehmen, das AfD-Paradebeispiel sind die „rechts- und verfassungswidrigen Entscheidungen zur Zuwanderung“, von den Parlamentariern klaglos hingenommen. Die Beendigung des „illegalen Zustands“ könne das Staatsvolk mit der unmittelbaren Demokratie nach Schweizer Vorbild bewirken.

[1]... Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese ist auch Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit ... sowie des Meinungsdictats in allen öffentlichen Diskursen. Die Loyalität der Abgeordneten gilt eher den Parteivorständen als den Bürgern, in deren Auftrag sie in erster Linie zu handeln haben.“ (Programm der Alternative für Deutschland, Pkt. 1.7 – Kurzfassung)

Die AfD zielt auf Ausschluss bestimmter gesellschaftlicher Gruppen und Individuen, die nicht in ihr nationalistisch-rechts-konservatives Programm passen. Insofern kann „mehr Volksabstimmung statt Parteienmacht“ hier nicht bedeuten, dass demokratische Vielfalt gefördert werden soll. Sie knüpft mit der Forderung nach Volksentscheid an der gesellschaftlichen Kritik der parlamentarischen Demokratie an, in der die reale Politik vor allem die Interessen der Wirtschaft vertrete und hinter verschlossenen Türen stattfinde. Die fortschrittlich daher kommende AfD-Forderung nach direkter Demokratie zielt auf Entmachtung der Parteien, auf eine Diktatur. Beispielhaft in der Geschichte für das Aufgreifen eines Defizits von De-

mokratie mit dem Ziel und dem Ergebnis, eine autoritäre Herrschaft durchzusetzen, ist der Bonapartismus.

ANDREAS WEHR, Anmerkungen zu Domenico Losurdo, Demokratie oder Bonapartismus: „... Was geschah da 1850/51 Umwälzendes in Frankreich? In der Revolution von 1848 konnte das allgemeine Wahlrecht erneut erkämpft werden, wenn auch nur für Männer. Das Parlament schränkte dieses Recht anschließend wieder ein. Dies war die Stunde des Louis Napoleon Bonaparte. Der großbürgerliche und bis dahin politisch erfolglose Neffe des großen Napoleon stellte sich demonstrativ auf die Seite der erneut Entrechteten und gegen die liberalen Parteien. Berühmt wurde sein Aufruf vom 2. Dezember 1851,

Das Schweizer System der Volkssouveränität

Zur Geschichte der Schweiz siehe auch: „Deutschsprachig, aber ganz anders“, PB 9/2010 und das Kalenderblatt „Die Schweizerische Bundesverfassung von 1848, PB 6/2016

ALFRED KÜSTLER

„**Volksentscheide nach Schweizer Modell**“, die AfD spekuliert darauf, dass bei den Adressaten dieser Parole über die Schweizer Demokratie nicht viel mehr bekannt ist, als dass der EU-Beitritt abgelehnt wurde und die Schweizer keine Ausländer wollen. Diese Spekulation auf Unkenntnis hat jetzt einen Dämpfer erhalten: Am 4. März haben die Schweizer mit deutlicher Mehrheit von über 71 Prozent die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks abgelehnt. Es lohnt sich also genauer auf die direkte Demokratie in der Schweiz zu schauen.

Das Schweizer Volk ist keine Ethnie. Die AfD spricht vom Volk als Souverän und sieht das ethnisch, deutsche Sprache und deutsche Kultur. Auf diese Idee kommt in der Schweiz niemand. Die Schweizer sprechen von einer Willensnation, der Bund der verschiedenen Sprach- und Kulturregionen entwickelte sich im europäischen Umfeld, in Abgrenzung zu den mächtigen Nachbarn. Die Schweiz hat vier Staatssprachen. Sowohl die parlamentarische Vertretung als auch die Volksabstimmungen sind föderalistisch geprägt. Es gibt zwei direkt gewählte Kammern des Parlaments, den Nationalrat (Verhältniswahl) und den Ständerat (Mehrheitswahl durchs Volk, je zwei Vertreter pro Kanton). Gesetze müssen von beiden Kammern angenommen werden.

Beiden Volksentscheiden reicht es nicht aus, dass eine Mehrheit zustimmt (Volksmehr), es bedarf auch einer Mehrheit der 20 Kantone und 6 Halbkantone (Ständemehr). Dass Abstimmungen am Stände-

mehr scheitern, kommt zwar nicht häufig vor (zuletzt 2013, davor 1994); aber der Zwang, die föderalen Interessen zu berücksichtigen, zwingt schon im Vorfeld zu Verhandlungen und Kompromissen.

Konkordanz. Die Schweizer Regierung, der Bundesrat, unterscheidet sich stark von den in Europa sonst üblichen Regierungen. Der Bundesrat wird von den beiden Kammern gewählt, dabei sollen aber alle größeren Parteien, die in den Parlamenten vertreten sind, berücksichtigt werden. So besteht der jetzige Bundesrat aus Vertretern von vier Parteien (sozialdemokratisch, christlich, liberal und rechtskonservativ). Einen Kanzler, der die Richtlinien der Politik bestimmt, gibt es nicht, die Mitglieder sind kollegial gleichberechtigt.

Bei Gesetzgebungsverfahren ergreift entweder der Bundesrat die Initiative, es gibt aber auch Parlaments- oder Volksinitiativen. Das Verfahren beginnt mit der „Vernehmlassung“. Der Gesetzentwurf wird vorgestellt und über einen längeren Zeitraum können die Interessenverbände und sogar Einzelpersonen dazu Stellung nehmen. Zeigen sich unüberwindbare Widerstände, wird der Gesetzentwurf angepasst. Dann kommt das Gesetz in die parlamentarischen Kammern, kann dort verworfen werden, ein neuer Entwurf wird verlangt oder in die Vorlage eingetreten. Nach der Schlussabstimmung tritt das Gesetz in Kraft, außer es handelt sich um ein Gesetz, das zwingend einen Volksentscheid erfordert oder es wird ein fakultatives Referendum binnen 100 Tagen von 50 000 Stimmberechtigten oder acht Kantonen verlangt.

Die Volksentscheide finden zu jeweils vier im voraus bekannten Terminen im Jahr statt, das fördert die Sachauseinandersetzung und dämpft die kampagnenmäßige Stimmungsmache.

Probleme der direkten Demokratie. Die direkte Demokratie nach Schweizer Art löst nicht das Problem, dass supranationale Entscheidungen in Konflikt zu nationalen Verfahren geraten können. Beispiel: auf Initiative der rechtskonservativen SVP hat eine knappe Mehrheit in einer Volksabstimmung beschlossen, dass die Zuwanderung in die Schweiz national gesteuert werden soll. Die Verfassung wurde geändert, eine Umsetzung scheiterte aber daran, dass damit gegen den bilateralen Vertrag zwischen der Schweiz und der EU zur Personenfreizügigkeit verstoßen würde und die EU erklärt hat, dass bei einem solchen Verstoß alle anderen bilateralen Verträge auch gekündigt würden.

Kein Rezept zum Nachkochen, aber anregend. Die Vorteile dieser Art direkter Demokratie für die multikulturelle Schweiz sind offensichtlich: ein Verfahren zum Zusammenleben wurde gefunden; allerdings schützt es nicht vor Versuchen, den gesellschaftlichen Konsens zu sprengen.

Direkte Demokratie als Mittel, Macht zu begrenzen, als Mittel, staatliches Handeln so zu steuern, dass es eine hohe Zustimmung finden kann, das wird nicht dadurch obsolet, dass die Rechtsnationalisten Volksabstimmungen als Mittel zur Eroberung der Macht gebrauchen wollen. Es kommt auf die Ausgestaltung an, da bietet die Schweiz Anregungen. ■

in dem er seinen Staatsstreich begründete: „Wenn ihr Vertrauen in mich habt, so gebt mir die Mittel, um die große Aufgabe zu erfüllen, die ihr mir anvertraut habt: Ein verantwortliches Staatsoberhaupt, auf 10 Jahre gewählt; Minister, die nur von der exekutiven Gewalt abhängen und eine legislative Körperschaft (...), die durch allgemeines Wahlrecht zustande kommt, ohne Listenwahl, die die Wahlen verfälschen könnte.“ Auf dieser Grundlage errichtete Napoleon III. seine Diktatur, die erst mit der Niederlage Frankreichs im Krieg mit Deutschland 1870 untergehen sollte.“

THOMAS WAGNER, Demokratie als Molekelpackung: „Gewollt ist ein Durchregieren von starker Hand. [...] Sie (Rechtspopulisten) verfolgen eine plebiszitäre Strategie der Systemveränderung ... Ziel ist die Auflösung der Gesellschaft in vereinzelte Individuen, die in einem direktem Verhältnis zu ihren Führern stehen. Die unteren Klassen sollen über keine schlagkräftigen Parteien, Gewerkschaften o.a. kollektive Möglichkeiten mehr verfügen ...“

Die Schweiz hat eine lange auf Konsens der politischen Akteure ausgerichtete Tradition. Minderheitenschutz ist verfassungsmäßig als wichtiges Gut verankert. Die Präambel sagt schon viel dazu, welche Art Gesellschaft gestaltet werden soll: „Im Bestreben, den Bund zu erneuern, um Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken, im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben, ... gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen ... geben sich folgende Verfassung ...“

Ziele wie kulturelle Vielfalt, Chancengleichheit, gegenseitige Rücksicht, eine friedliche, gerechte internationale Ordnung, (s. Art. 2), die Pflege verschiedener Landessprachen stehen im vollkommenen Gegensatz zu Programmpunkten der AfD wie z.B. Ablehnung der Antidiskriminierungsgesetze, Propagierung eines marktliberalen Wirtschaftsleitbilds und damit verbundener Zementierung von Arm und Reich, aktivierende Geburtenpolitik Deutscher und Abschiebung von Menschen aus anderen Herkunftsländern.

Die von der AfD geforderten Volksinitiativen gibt es in der Schweiz auf Gemeinde-, kantonaler oder Bundesebene. Die Inhalte der Gesetzesinitiativen werden aber kontrolliert und, wo nötig, durch das Parlament geändert. (siehe links: Das Schweizer System...) Zum Umsturz einer Demokratie und Verwandlung in einen autoritären Staat eignet sich dieses Modell kaum.

DOK: Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten

REDAKTIONSNOTIZEN • ZUSAMMENFASSUNG: ROSEMARIE STEFFENS, Langen, Hessen

Geldstrafe für rechtsradikale Sprechchöre von Fans des FC Energie Cottbus. Cottbuser Fans hatten bei einem Regionalligaspiel von Pyrotechnik und Tumulten begleiteten Spiel zwischen FC Babelsberg 03 (Potsdam) und Energie Cottbus mehrfach den Hitlergruß gezeigt und dazu „Arbeit macht frei, Babelsberg 03“ skandiert. Der Fall landete vor dem Sportgericht. Dort wurde Babelsberg 03 wegen der Tumulte zu einer Strafzahlung verdonnert, wobei im Urteil auch noch erwähnt wurde, dass eine Person mit rotem Punkthaarschnitt die Energie Cottbus Fans „Nazisschweine raus“ zugerufen hätte. Die Nazi-Parolen wurden vom NOFV bislang nicht geächtet. Babelsberg 03 sperrt sich nicht gegen die Bezahlung einer Strafe wegen Abbrennens von Pyrotechnik, möchte aber erreichen, dass der NOFV das Engagement von Babelsberg 03 gegen Rassismus und Antisemitismus anerkennt. Inzwischen hat „das Bundesgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) den FC Energie Cottbus wegen zweier Fälle unsportlichen und diskriminierenden Verhaltens seiner Anhänger – u. a. rechtsradikale Sprechchöre und Gesten – zu einer Geldstrafe von 7000 Euro verurteilt.“

<http://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/energie-cottbus-verliert-revision-7-000-euro-strafe-15470399.html>, 27.2.18

Eintracht-Präsident bleibt dabei: „Wer AfD wählt, kann bei uns kein Mitglied sein.“ Ende Dezember 2017 hatte Peter Fischer, seit 2000 Eintracht-Frankfurt-Präsident, in den Medien für allgemeine Beachtung gesorgt, als er in einem Interview mit der FAZ feststellte: „Es kann niemand bei uns Mitglied sein, der die AfD wählt.“ Bei seiner Wiederwahl zum Präsidenten Ende Januar 2018 bekräftigte er diese Abgrenzung und begründete sie in seiner Bewerbungsrede. Vom Wachstum des Vereins auf 50 000 Mitglieder leitete er die „gesellschaftspolitische Verantwortung“ der Eintracht als größtem Sportclub Frankfurts ab. Zum Abschluss seiner Rede betonte er, er werde „nichts zurücknehmen“ von der Kritik an der AfD und bekam dafür großen Applaus. Zu Tumulten, wie zuvor von der Presse gemutmaß, kam es nicht. AfD-Vertreter meldeten sich nicht zu Wort. Fischer wurde mit 648 von 654 Stimmen bei 7 Gegenstimmen wieder gewählt. Er begründete die Abgrenzung von der AfD aus Paragraph 14 der Eintrachtsatzung: „Der Ausschluss kann nur bei vereinsschädigendem Verhalten besonderer Schwere, insbesondere bei Fällen von Diskriminierung, Rassismus und Gewalt, erfolgen.“ Der Sorge, der Verein könnte in Zukunft „Gesinnungsprüfungen“ vornehmen, widersprach er. Er setzt auf Ehrlich-

keit der Mitglieder zu sich selbst, die Werte und Ideale des Vereins nicht mit einer AfD-Mitgliedschaft vereinbaren zu können.

FAZ, 28.12.17: Eintracht-Präsident Fischer: „Wer AfD wählt, kann bei uns kein Mitglied sein“, Spiegel Online 28.1.18, FAZ 28.1.18

„Düütschland word neet armer döranner Spraken, Düütschland word ricker.“ (Deutschland wird durch andere Sprachen nicht ärmer, sondern reicher) antwortete auf Plattdeutsch der SPD-Bundestagsabgeordnete Johann Saathoff aus Emden dem AfD-Abgeordneten Stephan Brandner. Dieser hatte für die AfD-Fraktion im Bundestag den Antrag gestellt, Deutsch als Landessprache im Grundgesetz zu verankern. Die deutsche Sprache sei durch massive Zuwanderung, durch einen um sich greifenden Englischwahn in Gefahr, deutsche Behörden unterlägen dem von Migranten ausgehende Anpassungsdruck, sodass die Polizei schon auf Arabisch und Türkisch kommuniziere. Darauf reagierten Politiker der anderen Bundestagsfraktionen mit Hohn, Spott und Kostproben ihrer Heimatdialekte. Deutschland profitiere davon, dass wir in der Welt zusammenwachsen.

Handelsblatt, 2.3.18: Bundestagsdebatte: AfD-Antrag zur deutschen Sprache erntet Hohn und Spott.

Die bildungspolitische Position der AfD – eine Studie von Verdi und IGM.

Begleitet wurde die Studie von einem wissenschaftlichen Beirat, von Mitgliedern wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Forschungsbereiche verschiedener Universitäten sowie Vertretern der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bundesinstitut für Berufsbildung. Sie setzen sich auf 30 Seiten mit den bildungspolitischen Positionen der AfD fundiert auseinander. Die Argumente der AfD werden mit aktuellen Forschungsergebnissen konfrontiert. Fazit der Studie ist: „Insgesamt muss festgestellt werden: Die bildungspolitischen Vorstellungen der AfD sind rückwärtsgewandt, wichtige Zukunftsthemen fehlen komplett. Die AfD hat keine Vorstellungen davon, wie sich Bildung zu aktuellen sozialen, politischen und technologischen Herausforderungen stellen soll und welche Möglichkeiten Bildungspolitik zur sozialen Gestaltung dieser Herausforderungen hat. Es gibt keine Aussagen zu Digitalisierung und Globalisierung, zum lebenslangen Lernen, zur Qualifizierung von Erwerbslosen u.a.m.“ Die Studie ermöglicht gut, sich mit dem Weltbild der AfD auseinanderzusetzen und dagegen zu argumentieren.

Argumente, Ausgabe 6/17. Auf dem Prüfstand: Die bildungspolitische Position der AfD. Hrsg.: Vorstände von Verdi und IGM. www.respekt.tv/materialien

Kulturkampf in der CDU

DR. HARALD PÄTZOLT, BERLIN, 26.2.2018

Ist die CDU, wie wir in unserer Analyse vom 22. Dezember 2017 schrieben^[1], mit der Kanzlerin ruhigen Ganges und geschlossen in die Koalitionsverhandlungen hinein gegangen, so kamen beide doch aus diesen Verhandlungen heraus umgehend in innerparteiliche Turbulenzen. Ohne einen ernsthaften Plan B in der Hinterhand hatte man sich von einer angeschlagenen SPD das wichtige Finanzministerium abpressen lassen. Und während die SPD lauthals ihre sozialpolitischen Verhandlungserfolge feierte begannen Teile der CDU öffentlich die Frage nach dem politischen Mehrwert des Koalitionsvertrages für die CDU zu stellen.

Gemeinhin wird angenommen, dass Parteien leichter ihre Geschlossenheit aufgeben, wenn sie aktuell entweder keine Machtperspektive zu haben glauben oder den politischen Unternehmern der

Partei diese sehr gesichert scheint oder anders: wenn man sich nicht in einer akuten Wettbewerbssituation zu befinden scheint. Man kann sich dabei auch täuschen und ich meine, es bedarf nur des nicht abseitigen Gedankenexperimentes vom Scheitern des Mitgliederentscheides der SPD und folgenden Neuwahlen, um zu erkennen, dass es der CDU mit einer Parteichefin, die ihre Nachfolge gemächlich regelt, die zugegebenermaßen ein überholtes Parteiprogramm besitzt und von der man nach Selbstzeugnis nicht so genau weiß, wofür sie eigentlich steht, unter diesen Umständen übel ergehen könnte.

Aber versuchen wir einmal, die Konfliktlage zu beschreiben: Es werden m. E. drei Konflikte erkennbar.

Am unspektakulärsten dürfte der Generationenkonflikt sein. Jüngere Parteikader möchten in die erste und zweite Reihe aufrücken und zwar in Regierung, Fraktion und Partei. Das ist ein normaler Prozess, gern von viel Getöse begleitet, man möchte auf sich aufmerksam machen; Jens Spahn posiert als ministrablen 37-jähriger und nun darf er auf das Gesundheitsministerium hoffen. Merkel

wird ihn ins Joch spannen und so domestizieren. In den Ländern geht das geräuschloser, so in Sachsen (Michael Kretschmer, 42), in Schleswig-Holstein (Daniel Günther, 44) und nun auch im Saarland (Tobias Hans, 40).

Ein zweiter Konflikt ist der zwischen alten, abgedrängten und noch herrschenden Seilschaften innerhalb der CDU. Leute, die von Angela Merkel über Jahre gedemütigt und entmachtet wurden, Friedrich Merz oder Roland Koch, melden sich, um alte Rechnungen zu begleichen.

Auch dieser Konflikt ist für sich wenig von Interesse. Bedeutung bekommen Generations- und Seilschaften – Konflikt erst durch den dritten, den identitätspolitischen Konflikt innerhalb der CDU. Dieser freilich ist von geradezu existentieller Bedeutung für die Demokratie in Deutschland.

Die autoritäre Fronde, europaweit marschierend, in Deutschland in Gestalt der AfD politisch präsent, ist, trotz vielen Feldgeschreis in und außerhalb der Parlamente, noch in Wartestellung. Sie wartet darauf, fortschreitende Prozesse zunehmend autoritärer Regulierung

CSU-Schauspiel

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Kulturarchäologen können im modernen Bayern noch viele Reste alter Einrichtungen bewundern. Die mahnende Fastenpredigt, die an den Lebenswandel von Hoch oder Niedrig, Arm und Reich den gleichen Maßstab der Gebote anlegt. Das Hofschauspiel, das im Kleide von Komödie und komischer Oper das Intrigen- und Verwirrspiel des Politischen auf die Bühne zieht. Der Hofstaat, jener Personenkreises, der um die herrschenden Persönlichkeiten kreist und sich im Abglanz der Macht sonnt, als eitle Gestalt lächerlich wirkt und als Hofnarr die Mächtigen lächerlich macht. Alles ist noch vorhanden, wenn sich zum Beginn der Fastenzeit die das eingeladene Tausend im großen Bier- saal des Nockherbergs versammelt, gierig, auf der Bühne Erwähnung zu finden oder wenigstens von der Fernseh- kamera ins Bild genommen zu werden. Verfehlung, Irrtum, Unvermögen, Zank, Streit, alles kommt auf die Bühne, wird ausgesprochen, und mit einem kräftigen Schluck Bier hinuntergespült. Eine mordstrum Gaudi und gleichzeitig todernst.

Im Mikrokosmos der kleinen Metropole und Landeshauptstadt München – Landesregierung, Kultureinrichtungen

aller Art, private und öffentlich-rechtliche Medien, alles befindet sich hier in Tuchfühlung, und die Stellung dieser vielen hängt davon ab, ob die Herrschaft in gutem Ansehen steht. Früher mahnte die Mutter Kirche, im Schauspiel ein Mönch, seit nicht ganz einem Jahrzehnt spricht die „Mama Bavaria“ zu ihren Kindern. Grundton diesmal, dass sich sowieso alles ändert, nichts bleibt wie es ist, dass das schon immer so war und auch sein Gutes hat. Das war eine heiter ausgemalte



(A. Dobrindt „Erfinder der scharfen Platzpatrone“) Absage an die Versuchung des Identitären. Aussichtslos. Es war auch eine Warnung an Söder, solche Abwege als künftiger Ministerpräsident zu meiden.

Im zweiten Teil geht die Veranstaltung in ein Singspiel über, in dem die führenden Politikerinnen und Politiker gedoubelt werden, durchgehend mit großem

komödiantischen Geschick. Im Herbst sind Landtagswahlen. Es wird erwartet, dass die CSU koalieren muss. Mit Wem und mit Wem nicht und Wie nicht? Wie nicht: In alle Richtungen demokratischer Politik ging die Warnung, die AfD nicht durch Zumutungen an die kleinen Leute zu stärken. Mit Wem nicht: Söder und

andere Verdächtige wurden gemahnt, sich nicht mit den Identitären anzubiedern. Und mit Wem: Die Sympathie der Inszenierung neigte sich zu Schwarz-Grün, und es wurde sogar die Variante ausgespielt, dass nach einem schlechten Wahlergebnis der CSU die Ära Söder sehr kurz ausfallen könnte. Dieser Tage wird sich das Rätsel lösen, ob Söder eine große Kabinettsumbildung macht und ob Frau Aigner, die Schwarz-Grün besser moderieren könnte, in einer aussichtsreichen Position verbleibt oder ausgebootet wird.

Sicher ist, dass die CSU einen neuen Generalsekretär bekommt, Scheuer wird in Berlin Verkehrsminister. Es kommt Markus Blume, der die Grundsatzkommission zur Erarbeitung des neuen Parteiprogramms geleitet hat. Die Süddeutsche Zeitung merkt an: „2014 machte Seehofer Blume zum Chef der CSU-Grundsatzkommission, er sollte das Parteiprogramm modernisieren. Zwar wurde unter seinem Vorsitz der umstrittene Begriff der Leitkultur festgeschrieben, Blume selbst zählt in der CSU dennoch nicht zu den erzkonservativen Kräften.“

Fazit: Die Idee einer politischen Zwangsmitteln durchzusetzenden Leitkultur hat sich im politischen Denken bislang noch nicht durchsetzen können. Sie steht einer demokratischen Koalitionsbildung im Wege. Dieser Tage hat die CSU übrigens ihre Verfassungsklage gegen die Ehe für Alle zurückgezogen ... ■

wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen, von der Bevölkerung mit gewünschter Veränderungslosigkeit, zitternd beschworen, begleitet, politisch finalisieren, vollstrecken zu können.^[2] Der Weg ginge von der liberalen Demokratie hin zur Mehrheitsdemokratie, bayerisch-ungarische Verhältnisse werfen ihre Schatten nach Norden und Osten unserer Republik. Das hat alles eine Geschichte, wir erinnern uns, dass die guten Sachen ihren Landesvater Kurt Biedenkopf schon zu Lebzeiten zu vergolden suchten; wie ihren August, der als goldener Reiter Dresden zierte.

Die CDU wehrt sich, noch ist es nicht entschieden, gleichwohl als Möglichkeit anzunehmen ist, dass sie in nächster Zeit, „um Schlimmeres zu verhüten“, mit der AfD zusammen gehen wird. Es ist von der WerteUnion, einer Versammlung übelster Reaktionäre innerhalb der Partei, der Konservatismus als Markenkern der Union gegen die Einlassungen des Armin Laschet, stellvertretender CDU-Vorsitzender und Landesvorsitzender NRW behauptet worden. Laschet hatte das christliche Menschenbild zum Markenkern erklärt und den Konservatismus als eine Wurzel bezeichnet und sich

gegen eine CDU als Sammelbecken aller Rechten erklärt. – Relevant ist diese Auseinandersetzung, weil der sogenannte Wertekonservatismus in der CDU wenig mit Konservatismus zu tun hat und viel mit einer reaktionären, weil ausgrenzenden (Leitkultur), antiliberalen (Stellung der Ehe zwischen Mann und Frau, gegen Gendern usw.) und nationalistischen Ideologie und damit mehr als kompatibel, ja affin mit Programm und Praxis von AfD und Pegida usw. ist. Abgrenzungen gegenüber Totalitärem, Fanatismus usw. sind nicht mehr als eine Abneigung gegen Übertreibungen, man kennt das aus Weimar. – Der Bezug aufs christliche Menschenbild allein macht sicher noch nicht den Unterschied, den machen die Herkunft und damit verbundene Traditionen einer Annegret Kramp-Karrenbauer, eines Armin Laschet oder von Angela Merkel – und ihr politischer Pragmatismus, der den rechten Werte-Ideologen bekanntlich verhasst ist.

Die Wahl von AKK zur Generalsekretärin der CDU scheint der Partei eine kurze Verschnaufpause im Kulturkampf zu verschaffen. Auch die avisierte Berufung von Anja Karliczek (45), parlamentarische Geschäftsführerin der Uni-

onsfraktion, und Julia Klöckner (46), CDU-Vize und Landeschefin der Partei in Rheinland-Pfalz, ins Kabinett fanden ein positives Echo in der Partei. Mit der deutlichen Zustimmung des Parteitags vom 26.2.2018 in Berlin sind die Reihen vorerst geschlossen worden. Die Spannungen freilich bleiben, und wir werden sehen, was die Landtagswahlen im Oktober in Bayern und Hessen diesbezüglich bringen werden.

Mit dem Verfall der SPD wächst der Druck auf die CDU, beide Parteien sind schließlich Säulen, nicht der Demokratie schlechthin, aber doch der Demokratie in Deutschland, wie wir sie kennen.

So richtig und notwendig die Feststellung ist, dass diese CDU durch ihre Politik den Weg in die Krise der liberalen Demokratie erst geebnet hat, so bedenkenswert ist, dass es der Linken nicht gleichgültig sein sollte, wie der Kulturkampf in der CDU ausgehen wird.

1 Gegnerbeobachtung: Der CSU-Parteitag am 15./16. Dezember in Nürnberg und die Union vor den Sondierungsgesprächen, Bereich Strategie und Grundsatzfragen, Bundesgeschäftsstelle der Linken

2 Jedem „Kulturkampf“, mit einem solchen haben wir es in der CDU zu tun, liegen natürlich Umbrüche der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse zugrunde, die hier nicht thematisiert werden können.

Keiner wurde freigesprochen

In jedem der bisher abgeschlossenen Prozesse wegen der Proteste gegen den G20-Gipfel kam es zu einer Verurteilung. Aber der Prozess gegen Fabio V. ist jetzt geplatzt.

VON GASTON KIRSCHKE, HAMBURG

Etwa 150 Demonstrationen fanden rund um den G20-Gipfel, der am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg zelebriert wurde, statt. Keine einzige konnte ohne Einschränkungen die selbst gewählte Route laufen, die meisten wurden von Polizeieinheiten unter Anwendung von unmittelbaren Zwangsmitteln beendet. Einer von 75 verhafteten Teilnehmenden einer spontanen Protestdemonstration, die am 7. Juli frühmorgens von zwei Hundertschaften in der Straße Rondenbarg brachial aufgelöst wurde, war der 19-jährige Fabio V. aus den italienischen Alpen. Er war gemeinsam mit 200 Anderen auf dem Weg in die Innenstadt, um dort mit der fünf-Finger-Taktik die Zufahrten zum Tagungsort des G20-Gipfels zu blockieren. Die Blockaden waren öffentlich angekündigt, als ziviler Ungehorsam.

Er wurde als erster der am Rondenbarg Verhafteten vor Gericht gestellt, es

sollte ein Musterprozess werden: wegen versuchter Körperverletzung, tätlicher Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und schweren Landfriedensbruchs wurde Fabio V. angeklagt und saß bis zum 27. November fast fünf Monate in Untersuchungshaft. In dem ganzen Verfahren schaffte die ehrgeizige Staatsanwältin es nicht, von einem der Polizeizeugen eine gerichtsfeste belastende Aussage zu bekommen. Immer mehr geriet der Prozess zur Farce, immer deutlicher wurde: Es gibt keine konkreten, beweisbaren Tatvorwürfe gegen Fabio V. Die Anklage berief sich darauf, dass Fabio V. Teil einer hooliganartigen Menschenmenge gewesen sei, die sich verabredet hätte, gemeinschaftlich Gewalt auszuüben. Sie verwies dabei auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs. Doch diese Sichtweise unterschlägt, „dass die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zu zwei gewalttätigen Hooligan-Gruppen ergangen ist und sich ausdrücklich nicht auf Demonstrationen bezieht“, sagte die Verteidigerin Gabriele Heinecke dem „Neuen Deutschland“. „Ein Teilnehmer einer Demonstration muss sich nicht entfernen, wenn einzelne Personen Gegenstände werfen“, so die Rechtsanwältin. Die Verteidigung stellte das Konstrukt der Gleichsetzung mit einer Hooliganverabredung und darüber hinausgehend die Rechtsmäßigkeit



der Auflösung der Spontandemonstration mit vielen kleinteiligen Beweisanträgen in Frage. Am 26. Februar hat sich die vorsitzende Richterin der Jugendschöffenkammer am Amtsgericht Hamburg-Altona, welche den Prozess gegen Fabio führt, krank gemeldet. „Damit ist diese Hauptverhandlung erst einmal beendet“, teilte Rechtsanwalt Arne Timmermann mit, der zusammen mit Gabriele Heinecke Fabio V. verteidigt. Denn die Richterin ist hochschwanger und ging wenige Tage später Anfang März in Mutterschutz.

Unklar ist zum jetzigen Zeitpunkt, ob der Prozess gegen Fabio V. vor einer neuen Jugendschöffenkammer neu aufgerollt wird – oder ob gegen einen anderen der am Rondenbarg Verhafteten ein Musterprozess angesetzt wird. In jedem Fall bedeutet das Ende des Prozesses keinen Freispruch für Fabio V., die Anklage bleibt bestehen. Gleichwohl ist Fabio V.

Abb.: www.attac.de/kampagnen/g20-in-hamburg/impressionen/dienstag-47/

zum Symbol der G20-Prozesse geworden. Das liegt an den offensichtlich nicht haltbaren schwerwiegenden Anklagepunkten, welche von der Verteidigung in der Beweisaufnahme bis ins Detail fachgerecht widerlegt wurden. Aber auch an Fabios politische Prozesserklärung, in der er am 7. November Gründe für den Protest gegen den G20-Gipfel und gegen das kapitalistische Weltsystem dargelegt hat. Und sich so anders als das Gros der Angeklagten offensiv zum Protest gegen den G20-Gipfel bekannt hat. In einem am 26. Februar veröffentlichten Interview mit der „taz“ betonte er: „Ich möchte auf keinen Fall für berühmt oder wichtig gehalten werden. Ich bin nur ein junger Mensch, der wie viele andere nach Hamburg gekommen ist, um gegen die Ungerechtigkeit in der Welt zu demonstrieren.“ So stellt er klar, dass der Protest gegen den G20-Gipfel von politischen Meinungsäußerungen geprägt war und nicht aus einer Gewaltorgie bestand.

„Es sind 43 Urteile und Strafbefehle ergangen. 26 Entscheidungen sind rechtskräftig“, antwortete der Hamburger Senat auf die Frage nach „rechtskräftigen Urteilen gegen G20-Aktivist/-innen“ des Abgeordneten der Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft, Martin Dolzer. Seine Schriftliche Kleine Anfrage, Drucksache 21/11804, gibt so den Zwischenstand zum Stichtag erster Februar wieder. Seither endeten vier weitere Prozesse ebenfalls mit Verurteilungen, gleichzeitig kam es bereits auch zu den ersten Urteilen in Berufungsverfahren in zweiter Instanz, in denen erstinstanzliche Urteile abgemildert wurden.

Eingestellt wurden Mitte Februar die Ermittlungsverfahren gegen vier Personen, die öffentlich als Organisierende von Protestaktionen aufgetreten waren, darunter Andreas Blechschmidt von der Roten Flora, der linke Anwalt Andreas Beuth sowie Emily Laquer von der „Interventionistischen Linken“ (IL). „Der Ursprung dieser Ermittlungsverfahren ist ebenso banal wie absurd. Zwei reaktionäre Rentner, die nicht einmal aus Hamburg kommen, haben irgendwas im Fernsehen gesehen und beliebig Anzeigen gegen uns gestellt“, sagte Emily Laquer dem Autor: „Ernsthafte Sorgen habe ich mir darüber nie gemacht.“ Allerdings waren die juristisch substanzlosen Vorwürfe gegen vermeintliche Drahtzieher militanter G20-Proteste tagelang Thema in Medien. „Insofern ja,“ so Emily Laquer, „diese Ermittlungen waren reine Show und Teil der staatlichen Propaganda gegen die G20 Proteste“. Aber „jedem juristisch halbwegs Verständigen war klar,“ erklärte Andreas Blechschmidt im Gespräch mit dem Autor, „dass die Ermittlungen in der Sache von Anfang an

substanzlos waren.“

Dem rot-grünen Senat Hamburgs ist es wichtig zu behaupten, dass es sich bei den G20-Prozessen keineswegs um politische Prozesse handeln würde, sondern ausschließlich um die Ahndung von Straftaten. „Wir verhalten uns vollkommen unpolitisch“, beteuerte Hamburgs Generalstaatsanwalt Jörg Fröhlich im Januar in einem Interview mit dem „Spiegel“: „Die Hamburger Staatsanwaltschaft macht ihre Arbeit nach Recht und Gesetz, und das praktisch wie am Fließband.“ Aber er lehne es ab, die ausgesprochenen Urteile als hart zu bezeichnen. Bis Ende 2017 seien 424 Ermittlungsverfahren gegen mutmaßlich Randalierende eingeleitet worden, sowie weitere 386 gegen unbekannt, bei der Polizei lägen aber noch Tausende weitere Vorgänge. Jan Hieber, Leiter der Soko Schwarzer Block, spricht oft von 3 000 Tatverdächtigen. Aber „eine Verdächtigung ist kein Tatnachweis“, kontert Andreas Blechschmidt: „Mit dieser lancierten Zahl bemüht sich die Polizei, den Eindruck zu erwecken, dass im letzten Juli in Hamburg kein legitimer entschlossener Protest auf die Straßen getragen wurde, sondern lediglich Horden von Gewalttäterinnen in der Stadt unterwegs waren.“ Emily Laquer betont, alle Zahlen seien „mit Vorsicht zu behandeln, da die Polizei mit ihnen sowohl ihren G20-Einsatz als auch die Existenz der Soko überhaupt rechtfertigt.“

Und die Soko sucht eifrig weiter nach dem Schwarzen Block: „Es ist zwingend davon auszugehen, dass es noch zu weiteren Razzien gegen linke Strukturen in naher Zukunft kommen wird“, meint Andreas Blechschmidt: „Ich glaube aber, dass das wirklich allen klar ist und deswegen alle darauf vorbereitet sind“.

Tatsächlich ermittelt die bereits im Juli 2017 noch in den rauchenden Ruinen der gebrandschatzten Hansestadt gebildete und 180 Beamte umfassende Sonderkommission Schwarzer Block weiterhin mit Hochdruck gegen G20-Protestierende. „Es ist zu befürchten, dass das staatliche Rachebedürfnis wegen des gescheiterten G20-Gipfels nicht gestillt ist“, so Emily Laquer. Zumal sich an der Stigmatisierung des auch militanten, radikalen G20-Protestes wenig geändert hat: „Es gibt einen öffentlichen Erwartungsdruck, an all jenen Menschen, die sich erfolgreich daran beteiligt haben, dass die Bilder zum G20 in Hamburg die der Proteste waren und nicht die der offiziellen Gipfelinszenierung, Rache zu üben“, analysiert Andreas Blechschmidt: „Das zeigen die aktuellen Prozesse gegen zum Beispiel Peike und Fabio, in denen jede Verhältnismäßigkeit von Tatvorwürfen und belastenden Zeugenaussagen außer Kraft gesetzt wurde.“

Die Öffentlichkeitsfahndung der Soko Schwarzer Block nach angeblich strafällig gewordenen G20-Protestierenden geht derweil weiter. Von 107 unbekannten Verdächtigen, deren Fotos in einer beispiellosen Öffentlichkeitsfahndung im Dezember im Internet und den großen Hamburger Zeitungen veröffentlicht wurden, seien durch Hinweise bis jetzt 25 gesuchte Personen identifiziert worden, wie eine Polizeisprecherin erklärte. Eine von ihnen ist ein von der Bildzeitung auf der Titelseite als „Terror-Barbie“ mit Porträtfoto angeprangertes minderjähriges Mädchen. An den Jugendschutz hat bei ihr offensichtlich weder bei der Polizei noch seitens der Bild-Redaktion jemand gedacht. Und weil es so gut lief, plant Hamburgs Polizeiführung, nach weiteren rund 100 angeblichen Delinquenten öffentlich zu fahnden. Hamburgs Innenminister Andy Grote (SPD) erklärte die öffentliche Fahndung mit Porträtfotos für eine erfolgreiche Aktion, weil es gelungen sei, viele Täter zu identifizieren.

Auch das imaginäre Feindbild des umherreisenden ausländischen militanten Autonomen, welches nach dem Gipfel nach Polizeipressekonferenzen durch viele Medien erreicht wurde, hat Hamburgs Polizeiführung nicht vergessen. Unter den wegen angeblicher Fluchtgefahr lange in U-Haft einsitzenden verhafteten G20-Protestierenden waren viele aus dem Ausland Angereiste: „Relativ neu ist das Vorgehen der Ausländerbehörde, die Angeklagte in G20-Verfahren nun unabhängig vom Ausgang des Strafverfahrens ausweist“, so Kim König, Pressesprecherin der Kampagne „United we stand“ zur Solidarität mit den nach dem G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 Verhafteten, im Gespräch mit dem Autor, „und mit einer fünfjährigen Einreisesperre ins Schengen-Gebiet belegt. Sollten die Betroffenen vor Ablauf der Einreisesperre nach Deutschland zurückkehren, müssen sie mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren rechnen. Die Ausländerbehörde übernimmt hier strafrechtliche Aufgaben und stellt sich über die Justiz.“

Die Polizei will demnächst im europäischen Ausland fahnden. Die Fotos der Gesuchten sollen demnächst in Spanien und Italien veröffentlicht werden. Das erklärte Andy Grote dem „Hamburger Abendblatt“: Aus diesen Ländern seien besonders viele militante Linksextremisten zum Gipfeltreffen nach Hamburg gereist. Auch nicht-militante wie Fabio, der im Interview mit der „taz“ erklärte, er bereue trotz fünf Monaten U-Haft nichts: „So habe ich diese sehr merkwürdige und vergessene Gefängniswelt kennengelernt, für die sich niemand interessiert. Und ich würde jederzeit wieder gegen den G20-Gipfel demonstrieren.“ ■

Hamburger Feiertagsdebatte

CHRISTIANE SCHNEIDER

Im Oktober hatte die CDU in der Bürgerschaft eine Initiative für den Reformationstag als neuen Feiertag für Hamburg ergriffen. Die Linksfraktion griff die Initiative mit einem eigenen Antrag auf, nur schlugen wir statt des 31. Oktober den 8. Mai, den Tag der Befreiung, vor. In den weiteren Diskussionen entstand die Idee zu fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen, die Mehrheiten suchen sollten. So etwas hatte es in der Bürgerschaft bis dahin nicht gegeben. Neben den genannten Anträgen standen die Vorschläge des 8. März (Weltfrauentag) sowie des 23. Mai (Tag des Grundgesetzes)

Aus der Rede von Christiane Schneider zur Begründung des Antrags der Linken

(...) Der 8. Mai 1945, der den Sieg der Anti-Hitler-Koalition über das faschistische Deutschland besiegelte, beendete die furchtbarste Periode in der deutschen Geschichte. Der deutsche Faschismus bedeutet einen ungeheuerlichen Zivilisationsbruch, der in der Shoah, dem Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden, und im Porajmos, dem Völkermord an den europäischen Sinti und Roma gipfelte.

Es gibt für uns viele Gründe, diesen Tag, den 8. Mai, als Gedenk- und Feiertag zu gestalten. Ich möchte drei herausgreifen.

Für die Verfolgten und die Überlebenden in den KZs und Vernichtungsanstalten, für JüdInnen, Roma, Sinti, Kriegsgefangene, WiderstandskämpferInnen, Deserteure, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen, KommunistInnen, ChristInnen, sogenannte „Asoziale“ und „Volksschädlinge“, war der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung. Sie entkamen der Vernichtung.

Es ist wahr, dass die große Mehrheit der Deutschen den 8. Mai als Tag der Niederlage empfand. Das hängt ganz maßgeblich damit zusammen, dass die Massenvernichtung und die ungeheuerlichen Kriegsverbrechen nicht nur das Werk einer kleinen Clique mörderischer Verbrecher war. Millionen Menschen, ganz normale Menschen, waren – aus eigenem Antrieb oder gehorsam – beteiligt, ließen sich einspannen.

Rassenwahn und Überzeugung, Verrohung und Mordlust, Konkurrenz und Bereicherung, Autoritätshörigkeit und Gehorsam, Angst vor Vielfalt und Hass auf alles, was man als abweichend empfand – die Motive zur Beteiligung an den Verbrechen waren sehr vielfältig. Und natürlich gab es auch Mittäterschaft

zur Debatte. Leider verständigten sich die Regierungschefs von vier norddeutschen Ländern einige Wochen vor der Abstimmung darauf, den lutherischen Reformationstag zum Feiertag in Norddeutschland zu erheben. Das veranlasste 66 Abgeordnete, darunter bekennende Atheistinnen, dem Votum der Obrigkeit zu folgen. Damit war die Entscheidung vorzeitig gefallen. Der 8.-Mai-Antrag erhielt zwei weitere Stimmen von SPD-Abgeordneten.

Nach der Hamburger Entscheidung einigte sich die Berliner rot-rot-grüne Koalition darauf, dass der 8. Mai ab 2020 neuer Feiertag in Berlin sein wird. Dafür gibt es auch Jahrzehnte seit der Befreiung vom Faschismus sehr gute Gründe.

durch Denunziation, billigendes Schweigen, Ausgrenzung, Diskriminierung.

Es gibt keine Gewähr, dass sich solches nicht wiederholt. Das „Nie wieder!“ bedeutet Erinnerung, Arbeit, Auseinandersetzung, bedeutet Streit und Verständigung, wie sich Gesellschaft entwickeln soll.

Wie gehen wir mit dem Hass um, der sich in der Gesellschaft ausbreitet? Wir schweigen nicht, wie die Debatte neulich im Bundestag gezeigt hat, wenn rechte und äußerst rechte Politiker ihre widerwärtigen Angriffe auf Menschen mit nicht-deutschen Wurzeln führen und den Mob aufstacheln. Aber wie dämmen wir das ein? Wie organisieren wir das Zusammenleben?

Und noch etwas, das mir in diesem Zusammenhang wichtig ist. Die politische Philosophin Hannah Arendt hat 1964 in einem Radiointerview mit Blick auf die furchtbare Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft gesagt: Es gibt kein Recht zu gehorchen.

Das ist kein Aufruf, beliebig jedes Gesetz zu brechen, von dem man meint, dass es falsch ist oder im Wege steht. Aber es ist ein Aufruf, dass jeder und jede Verantwortung für das eigene Handeln, für das Mitwirken oder Verweigern trägt und dass nichts und niemand uns von dieser Verantwortung befreit.

Der 8. Mai kann, wenn er nicht nur als arbeitsfreier Feiertag, sondern als Gedenktag genutzt wird, zur Auseinandersetzung mit solchen Entwicklungen und Erfahrungen, zur Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung und zur Verständigung darüber genutzt werden, wie wir in dieser Gesellschaft zusammenleben wollen.

Das führt zu einem weiteren Grund: Der französische Widerstandskämpfer und Überlebende von KZ, Arbeitslager und Todesmarsch Robert Antelme schil-

dert die NS-Todesmaschinerie in einem verstörenden Bericht als fundamentalen Angriff auf die Einheit des Menschengeschlechts. Er hat das Grauen vielleicht nur überlebt, weil er unter extremsten Bedingungen und im Kampf ums nackte Überleben seinen Glauben an die eine, unteilbare Humanität immer neu erkämpfte. „Es gibt nicht mehrere menschliche Gattungen“, schrieb er, „es gibt nur eine Gattung Mensch.“

In Artikel 1 des Grundgesetzes ist diese eine, unteilbare Humanität, diese Hoffnung und Gewissheit, dass es nur eine Gattung Mensch gibt, aufgegriffen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Aber ist das Realität? Eine selbstverständliche gewiss nicht. Wir müssen uns die Zeit nehmen, uns immer neu zu vergewissern, was das heißt: Die Würde des Menschen – d.h. jedes Menschen – ist unantastbar.

Es geht uns mit unserem Antrag also nicht um die Erinnerung an etwas Abgeschlossenes. Es geht uns darum, die Erfahrung lebendig zu halten, dass die Menschenwürde antastbar ist, wenn die Gesellschaft dies zulässt. Es geht uns darum, das Vermächtnis der unteilbaren Humanität lebendig zu halten im Kampf für eine solidarische, demokratische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die sich ihrer Vielfalt bewusst ist und diese Vielfalt lebt, und zwar in dem Bewusstsein, dass es bei aller Vielfalt eben nur eine Menschengattung gibt.

Auch das ist Arbeit, Reflexion, Auseinandersetzung. Und auch dazu eignet sich der 8. Mai, der Tag der Befreiung vom Faschismus, in besonderer Weise.

Ein dritter Grund noch: Der 8. Mai ist zwar kein norddeutsches Datum wie der 31. Oktober, aber dafür ein europäisches. Denn der Tag der Befreiung war der 8. Mai auch für die europäischen Länder, die das faschistische Deutschland überfallen und verwüstet hatte. Der mit der Gründung der EWG 1957 eingeleitete europäische Integrationsprozess war eine Antwort auf diese furchtbare, damals noch sehr lebendige Erfahrung. Heute ist die Zusammenarbeit in der EU bedroht durch nationalistische, europaskeptische bis –feindliche, identitäre, fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen und Strömungen. Ob und wie die EU überlebt, ob – und wie – sie sich weiterentwickeln kann oder ob der Nationalismus siegt, ist nicht entschieden, fürchte ich.

Der 8. Mai als Feiertag wäre ein starkes Symbol und könnte gut auch dazu genutzt werden, die gesellschaftliche Debatte über die weitere Entwicklung der europäischen Integration und über die Rolle, die die Bundesrepublik dabei spielt, voranzutreiben. ■

1873: Buchdrucker-Tarifvertrag abgeschlossen

Dynamik von Tarifautonomie – Tarifvertragsgesetz – Verfassungsrecht setzt ein

BRUNO ROCKER, BERLIN

1873 kam es zur ersten reichsweiten Tarifvereinbarung, dem Buchdrucker-Tarifvertrag. Die damit auch ausgelöste Dynamik in den nachfolgenden Jahren sorgte bereits bis 1913 für 10.885 Tarifverträge für knapp 1,4 Millionen Arbeitnehmer. Die Schwerindustrie sowie die technologisch fortgeschrittenen Großunternehmen der Elektroindustrie lehnten allerdings zunächst Tarifverträge ab. Den Gewerkschaften gelang es in diesen Bereichen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges nicht, Tarifverträge durchzusetzen. Eine fundamentale Änderung brachte erst die Novemberrevolution von 1918 mit sich. Auf Basis der Vorarbeiten von Philipp Lotmar und Hugo Sinzheimer entstand im Dezember 1918 die Tarifvertrags-Verordnung, die vor allem die Unabhängigkeit der Tarifnormen festsetzte.

Der Nationalsozialismus wiederum beseitigte die Einrichtung frei abgeschlossener Tarifverträge und ersetzte sie von 1934 an durch ein System von Tarifordnungen, erlassen vom sogenannten Reichstreuhänder der Arbeit; nach 1945

dann die Rückkehr zur Institution des Tarifvertrages in den westlichen Besatzungszonen: Nach und nach ersetzten Tarifverträge die Tarifordnungen aus der Nazi-Zeit. Im April 1949 schließlich wurde dann das Tarifvertragsgesetz (TVG) als Gesetz der „Vereinigten Wirtschaftsgebiete“ verkündet. Die Möglichkeit der Zwangsschlichtung wurde nach den Erfahrungen in der Weimarer Republik ausdrücklich ausgeschlossen.

Arbeitskampf und Verfassungsrecht

Das GG von 1949 enthielt zunächst keine ausdrückliche Garantie der Arbeitskampffreiheit. Erst 1969 sorgte eine Einfügung in den Artikel 9 zumindest dafür, dass „Arbeitskämpfe“ zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden von der Verfassung geschützt und vor Eingriffen im Notstandsfall sicher sein sollen. Inzwischen ist unbestritten, dass sowohl die Tarifautonomie als auch die Arbeitskampffreiheit verfassungsrechtlich durch Artikel 9 GG garantiert sind.

Tarifvertragsgesetz

Tarifvertragsparteien sind Arbeitgeber oder Arbeitgeberverbände einerseits und

Gewerkschaften andererseits. Gewerkschaften müssen im Streitfall gegenüber den Arbeitsgerichten nachweisen, dass sie „tariffähig“ sind. Das Arbeitsgericht prüft u.a., ob die Freiwilligkeit des Beitritts für Arbeitnehmer sowie eine demokratische Struktur der Gewerkschaft garantiert sind. Zudem muss die Gewerkschaft „tarifmächtig“, also mächtig genug, also streikfähig sein, um Tarifverträge mit dem erforderlichen Druck auch gegen den Willen der Arbeitgeber durchzusetzen.

Tarifgebundenheit: Ungeachtet der Tatsache, ob ein Arbeitnehmer Tarifleistungen erhält oder nicht – einen Rechtsanspruch auf tarifliche Leistungen hat er nur, wenn er auch Mitglied der vertragsschließenden Gewerkschaft ist. Auf der Seite der Arbeitgeber ist nur der tarifgebunden, der Mitglied des entsprechenden Arbeitgeberverbandes ist, bzw. bei einem Firmentarifvertrag ist es der Arbeitgeber selbst. Auf nichttarifgebundene Unternehmen samt Arbeitnehmer können Tarifverträge allerdings auch durch sogenannte „Allgemeinverbindlichkeitserklärungen“ des Ministeriums für Arbeit und Soziales ausgedehnt werden, wenn dies im „öffentlichen Interesse“ liegt.

Tarifvertragsinhalte

- Rechtsnormen für die Arbeitsverhältnisse (z.B. Entgelt und Arbeitszeit)
- Betriebsnormen (z.B. Kantine, Parkplätze, Pausenregelungen)
- Betriebsverfassungsnormen (z.B. Erweiterung der Mitbestimmung des Betriebsrates).
- Rechte und Pflichten der Tarifvertragsparteien untereinander. Wichtiges Element: die „Friedenspflicht“: während der Laufzeit des Tarifvertrages dürfen keine Arbeitskämpfe um die in dem Tarifvertrag geregelten Themen geführt werden.

Tarifautonomie und „gleiche Augenhöhe“

Verfassungsrechtlich sicherte erstmals die Weimarer Reichsverfassung die Grundlagen der Tarifautonomie durch die Garantie der Koalitionsfreiheit, nach 1949 das Grundgesetz der BRD mit Artikel 9 Abs. 3. Darüber hinaus konkretisierte das Bundesverfassungsgericht die Definition der Tarifautonomie in der Bundesrepublik Deutschland mit wichtigen Feststellungen. Beispielhaft hierfür die „Vertragsparität“: „Das Tarifvertragssystem ist darauf angelegt,

Einheitsgewerkschaften, Tarifeinheit

RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Seit Ende des zweiten Weltkrieges gibt es in Deutschland sog. „Einheitsgewerkschaften“. Die Spaltung in christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschaften, die am Ende der Weimarer Republik dem Widerstand gegen die NSDAP im Wege stand, soll sich nie wiederholen, ebenso wenig die Spaltung in Berufsgruppenverbände. Seitdem gilt – mit wenigen Ausnahmen wie öffentlicher Dienst (Beamte) und Ex-Staatsbetrieben wie Bahn, Post und Lufthansa – die Regel „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ und „eine Branche, eine Gewerkschaft“. Bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts erreichten die DGB-Gewerkschaften deutliche Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Nach der „Wende“ erodierte dann die Tarifbindung. Arbeitgeber bildeten sog. „OT“ (= „ohne Tarif“-) Verbände, traten aus der Tarifbindung aus oder schlossen mit kleinen, sog. „christlichen Gewerkschaften“ Billigtarife. Auch der Beamtenbund wurde tarifpolitisch aktiver. Um die Tarifkonkurrenz zu regulieren, forderte

der DGB eine gesetzliche Klarstellung. Das 2016 beschlossene „Tarifeinheitsgesetz“ leistet das. Das Bundesverfassungsgericht hält am 11. Juli 2017 fest:

„Das Freiheitsrecht aus Art. 9 Abs. 3 GG schützt alle koalitionspezifischen Verhaltensweisen, insbesondere den Abschluss von Tarifverträgen, deren Bestand und Anwendung sowie Arbeitskämpfmaßnahmen. Das Grundrecht vermittelt jedoch kein Recht auf unbeschränkte tarifpolitische Verwertbarkeit von Schlüsselpositionen und Blockademacht zum eigenen Vorteil. (...) Wenn sich in einem Betrieb für dieselben Beschäftigtengruppen divergierende Tarifverträge verschiedener Gewerkschaften überschneiden, ist nach der Neuregelung grundsätzlich nur der Tarifvertrag derjenigen Gewerkschaft anwendbar, die im Betrieb die meisten in einem Arbeitsverhältnis stehenden Mitglieder hat.“

Dann gelten also die Grundsätze der Demokratie (Mehrheit entscheidet) und Fairness (keine Vorteile auf Kosten anderer Teile der Belegschaft). Eigentlich sollte damit Ruhe einkehren. Der Beamtenbund aber klagt weiter, nun vor dem Europäischen Gerichtshof. Der wird also irgendwann auch ein Urteil sprechen.



Abb. links: Am 24.10.1956 beginnt in der Schleswig-Holsteinischen Metallwirtschaft ein Streik, der 16 Wochen dauern wird. Der Streik zielte nicht auf Lohnerhöhungen, sondern auf andere Forderungen des damaligen gewerkschaftlichen Aktionsprogrammes: längerer Urlaub, Urlaubsgeld und eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Der lange Streik und Schlichtungsverhandlungen führten letztlich zu einem Einstieg in die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der auch den Weg für das erste Lohnfortzahlungsgesetz

die strukturelle Unterlegenheit der einzelnen Arbeitnehmer beim Abschluss von Arbeitsverträgen durch kollektives Handeln auszugleichen und damit ein annähernd gleichwertiges Aushandeln der Löhne und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.“ Entsprechend dieser Einlassung erging die Aufforderung des Gerichts an den Gesetzgeber, entsprechende gesetzliche Vorkehrungen zu treffen.

Beispielhaft für die Entwicklung des Begriffs der Parität sind aber auch die Aussagen des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zur Streikfähigkeit der Gewerkschaften und Begrenzung von Aus-

(Quelle: Die Übersicht basiert auf der „Arbeits- und Sozialordnung/Kittner“ die jährlich überarbeitet neu erscheint im Bund-Verlag, Frankfurt)

bei Krankheit bereitete. Tarifliche Regelungen, die die Verbindung von Arbeits- und Lebensgestaltung zum Inhalt haben, wurden seither für immer mehr Bereiche getroffen.

Abb. rechts: Nach wachsenden Protesten und Streikaktionen (hier in Frankfurt am Main) hebt der Alliierte Kontrollrat im November 1948 den zu Kriegsende verhängten Lohnstopp wieder auf. Das Tarifvertragsgesetz trat schließlich – sechs Wochen vor dem Grundgesetz – im April 1949 in Kraft.

sperrungen durch die Arbeitgeber. Die entsprechende berühmt gewordene Feststellung des Gerichts lautete: „Tarifverhandlungen ohne eine realistische Streikdrohung wären für die Gewerkschaften nur ‚kollektives Betteln‘.“

Tarifautonomie bedeutet für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland deshalb nicht nur die Abwesenheit von staatlichen Lohnleitlinien oder Zwangsschlichtungen. Sie bedeutet im kollektiven Bewusstsein auch die Sicherstellung der Anerkennung als gleichwertiger Verhandlungspartner, d.h. also Verhandlungen nur „auf gleicher Augenhöhe“.

Hugo Sinzheimer: Wegbereiter des Tarifvertragsrechts

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Hugo Sinzheimer (1875–1945) gilt als einer der Begründer des Arbeitsrechts in Deutschland und hatte von 1920 bis 1933 die speziell dem Arbeitsrecht gewidmete Professur an der Universität



Frankfurt am Main. Er vertrat in den Diskussionen und Auseinandersetzungen um die Weimarer Reichsverfassung ein sozialdemokratisches Konzept des Rätegedankens, hatte starken Einfluss auf die Ausgestaltung der Weimarer Reichsverfassung. Grundlegend im Sinne der Fundierung der Arbeitsbeziehungen und des deutschen Arbeitsrechts war jedoch seine Positionierung bezüglich Hugo Sinzheimer, Bild: Emil Stupp (* 1886; † 1941) <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=9763570>

der Unterscheidung von staatlicher Demokratie und autonomer Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen durch unabhängige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Sein Konzept wird erst mit der vom Rat der Volksbeauftragten am 23. Dezember 1918 erlassenen Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten und dann mit dem am 4. Februar 1920 erlassenen Betriebsrätegesetz wirkmächtig. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und ihre Unabdingbarkeit (die Rechtsnorm, dass Standards nicht durch Einzelarbeitsvertrag und Willenserklärung der Individuen unterlaufen werden dürfen) als auch die Prinzipien Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie sind wesentliche Bausteine, die in das Weimarer Arbeitsrecht verankert werden.

Durchsetzung von Tarifverträgen und Tarifvorbehalt im BetrVG

BRUNO ROCKER, BERLIN

Rechte aus einem Tarifvertrag können vor den Arbeitsgerichten eingeklagt werden. Wie bereits erwähnt, ist die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft als Tarifvertragspartei Voraussetzung für die Klage des Arbeitnehmers vor dem Arbeitsgericht. Eine Gewerkschaft hat ohne konkrete Prozessvollmacht eines Arbeitnehmers keine eigene Klagemöglichkeit. Sie kann nur indirekt den Arbeitgeberverband auffordern, dafür zu sorgen, dass der Arbeitgeber den Tarifvertrag einhält.

Im Rahmen von betrieblichen Bündnissen und sogenannten „Bündnissen für Arbeit“ auf betrieblicher Ebene ist es auch dazu gekommen, dass Arbeitgeber und Betriebsrat gemeinsam eine tarifwidrige Betriebsvereinbarung abgeschlossen haben. Hier räumt zwar das Bundesarbeitsgericht der betroffenen Gewerkschaft einen Unterlassungsanspruch gegen den Arbeitgeber ein. Dennoch ist das im Einzelfall schwierig, weil infrage kommende Gewerkschaftsmitglieder aus dem Betrieb namentlich genannt werden müssen, um den Unterlassungsanspruch zu begründen.

Immer wieder wird in der Praxis seitens der Arbeitgeber insbesondere in kleineren und mittleren Betrieben erheblicher Druck gegen Betriebsräte angewandt, um Betriebsräte zu tarifwidrigen Vereinbarungen zu drängen.

Der wichtigste Haltepunkt für die betroffenen Betriebsräte ist in solchen Situationen der in § 77 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) formulierte Tarifvorbehalt. Die Formulierung lautet:

„Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen, die durch Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise geregelt werden, können nicht Gegenstand einer Betriebsvereinbarung sein. Dies gilt nicht, wenn ein Tarifvertrag den Abschluss ergänzender Betriebsvereinbarungen ausdrücklich zulässt.“

Mit Hinweis auf diese Gesetzesformulierung und mindestens der Herstellung der betrieblichen Öffentlichkeit lassen sich in aller Regel tarifwidrige Bestrebungen der Arbeitgeber aufhalten und auch zurückweisen.

Wenn hingegen der Betriebsrat sich auf gesetzeswidriges Handeln einlässt in Form einer tarifvertragswidrigen Vereinbarung, ist dies eine Pflichtverletzung und kann zur Amtsenthebung führen.

Inhalt	
Aktuell	2
Hausdurchsuchungen beim Mezopotamien Verlag in Neuss • FN-Parteitag: Statuten und Name neu, beim Personal bleibt es in der Familie • Brexit News	
Regierung und Opposition zugleich? Die Aufstellung der SPD	3
Oppositionsparteien zur GroKo	
Spitzenverbände der Wirtschaft zum Koalitionsvertrag	4
„Italien ist immer ein politisches Labor gewesen“	5
Weiter heftige Kämpfe um Afrin	7
Aktionen und Initiativen: Fairer Handel - faire Tarife	8
Der Faire Handel im Koalitionsvertrag 2018 • Sambia: UN-Report bestätigt Kritik an großflächigen Agrarinvestitionen • Neue Vorwürfe wegen Profit mit Gefängnisarbeit in China: Entschlossenes Handeln von H&M und C&A gefordert • Geschlechtsspezifische Gewalt gehört zu den am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen der Welt • Putzen, waschen, bügeln... • Forderungspapier zu ILO-Kernarbeitsnormen im Berliner Vergabegesetz • SoVD fordert mehr Gleichberechtigung im Erwerbsleben	
Tafeln: Eine solidarische Initiative vor Problemen	10
Tafel Deutschland stellt Forderungen an die neue Regierung • Gemeinsame Presseerklärung Essener Tafel e.V., Landesverband der Tafeln in NRW, Tafel Deutschland e.V. und Stadt Essen • Bündnis fordert offensive Sozialpolitik • Essener Tafel verstößt gegen eigenes Leitbild • Linke: Wir brauchen einen Sozialpakt	
Kommunale Politik: Initiativen gegen Armut	13
Essener Tafel: Nazivergleich ist absurd! • Amerikanische Verhältnisse jetzt auch in Gadebusch • Erfolg: Bezirksvertretung fordert Kleiderkammer für Langendreer: Bochum • Die Linke: Mehr Winterhilfe für Obdachlose. Lübeck. • Umgang mit Obdachlosen ist ein Skandal: Dortmund	
Entwicklung der Mindestlöhne in Europa	14
Blick in die Presse: Erfolge und Niederlagen der rechten Listen Zentrum Automobil	15
„Volksentscheid nach Schweizer Vorbild“ taugt nicht für Despotie	16
Das Schweizer System	
Kulturkampf in der CDU	18
CSU-Schauspiel	18
G20-Prozesse: Keiner wurde freigesprochen	19
Hamburger Feiertagsdebatte	21
Kalenderblatt: Deutschland, 1873 – Buchdrucker-Tarifvertrag abgeschlossen	22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 12. April 2018. Redaktionsschluss: Freitag, 6. April. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2018: 12. April, 11. Mai, 7. Juni, 12. Juli, 23. Aug., 11. Okt, 8. Nov., 6. Dez.

Einladung: Sprockhöveler Treffen 2018 – 14./15. April

Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik

Beginn: am 14.4. um 13 Uhr – Ende: am 15.4. um ca. 13 Uhr • Ort: IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel, Otto-Brenner-Str. 100; 45549 Sprockhövel

1) Aktuelle Ansätze und Initiativen zur Europäischen Sozialpolitik – über- oder unterschätzt? Um die Europäische Säule sozialer Rechte herum hat die EU-Kommission eine ganze Reihe neuer Gesetzgebungsverfahren zum Arbeits- und Sozialrecht in der EU gestartet. Kündigt sich eine Kehrtwende der EU-Politik in Richtung Sozialunion an? Werden die Sozialsysteme weiter an Wettbewerb und Binnenmarkt angepasst? Oder ist alles nur heiße Luft? Ein Diskussionsbeitrag. *T. Janssen*

2) Bisherige Ergebnisse der Tarifbewegungen in 2018. Im April sollte nicht nur das Ergebnis der Tarifbewegung der IG Metall für M+E, sondern auch das Ergebnis von Verdi für den öffentlichen Dienst und eventuell auch anderer Gewerkschaften vorliegen. Spannend wird sein, ob der Anstieg der Realentgelte der abhängig Beschäftigten auch 2018 fortgesetzt werden konnte, und ob es der IGM gelungen ist, die „Tarifmauer Ost“, d.h. die 38-Stunden-Woche im Osten einzureißen. *R. Lötzer / B. Kurzer*

3) Bundesverfassungsgericht zum Tarifeinheitsgesetz. Mit dem Tarifeinheitsgesetz von 2015 sollte das Prinzip der Tarifeinheit wiederhergestellt werden. Mit seinem Urteil vom Juli 2017 wies das Bundesverfassungsgericht die Klagen der Sparten Gewerkschaften zurück. Eigentlich verlangt das Gesetz lediglich ein wenig durchaus selbstbestimmte Kooperation der beteiligten Gewerkschaften. GDL und Beamtenbund wollen jedoch offenbar etwas anderes. Sie klagen weiter, diesmal vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. *B. Rucker / R. Lötzer*

4) „Die Gesellschaft der Singularitäten“ (Andreas Reckwitz) Die Veränderungen in den westlichen Industriegesellschaften der letzten 40 Jahre beschreibt Andreas Reckwitz als einen Prozess weg vom „Allgemeinen und Standardisierten“ sowohl in der Ökonomie, in der Arbeitswelt und der digitalen Technologie, aber eben auch in den Lebensstilen und Lebensentwürfen der neuen akademischen Mittelklasse. Er zeigt auch: Die durch die neue akademische Mittelklasse ausgeübte Dominanz produziert auch Ungleichheiten, Verlierer, rechte Gegenbewegungen ... *B. Rucker*

5) „Autonomie der Menschen – Au-

tonomie der Systeme“ – digitalisierte Produktivkraftentwicklung und säkulare Stagnation als individuelle und sozioökonomische Herausforderung. Unter dem Stichwort 4.0 und den daran anschließenden Initiativen verbirgt sich eine schwelende Dynamik sich konkurrenzgetrieben ausbildender Produktivkräfte. Diese stellen keine neue (vermeintlich „vierte“) industrielle Revolution dar, sondern forcieren Bewegungstendenzen der Ökonomie. Volkswirtschaftlich führt dies zu Effekten die bspw. als „säkulare Stagnation“ verhandelt werden – die Freisetzungseffekte übersteigen jedwede Kompensationsbewegung durch Wachstumssphären. Individuell bedeutet dies für den Arbeiter neben einer Prekarisierung, eine deutliche Veränderung geforderter Qualifikationsprofile und dem damit einhergehenden Marktwert seiner Arbeitskraft und seines Arbeitsvermögens. Eine Bestandsaufnahme. *M. Bretschneider – Hagemes*

6) „Arbeit und Subjekt“ – Genug Gründe für eine ältere Forschungstradition?

Mit den WSI-Nachrichten 8/2016 hatte das Forschungsinstitut des DGB ein Heft vorgelegt, das Arbeiten vorstellt, die die von Kern/Schumann vertretene Forschungsrichtung zu aktualisieren versucht. Diese hatte eine einfache Kausalität von Stellung zu den Produktionsmitteln und Bewusstseinsbildung infrage gestellt, als auch (mindestens in der ersten Untersuchung) der These einer durch neue Technologien bedingten allgemeinen Dequalifizierung oder Höherqualifizierung widersprochen, aber auch daran festgehalten, dass die jeweiligen Arbeitsbedingungen und Produktionsstrukturen für die Menschen einen prägenden Anteil an ihrer Weltwahrnehmung haben. Die WSI Nachrichten stellen aktuelle Forschungen aus dem SOFI in Göttingen und anderen Forschungseinrichtungen vor. Was kann uns diese Forschungsrichtung heute noch sagen?

R. Gehring

Übernachtung: Im Bildungszentrum Sprockhövel sind ausreichend Zimmer reserviert. Die Übernachtungskosten betragen 53,50 Euro pro Zimmer.

Anmeldungen an: Rolf Gehring – rgehring@efbh.be; Tel.: +32(2)227.10.43 Brigitte Kurzer – brigitte.kurzer@igmetall.de